

# Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 309 · 27. JAHRGANG · AUSGABE 2/2021 · VOM 2. FEBRUAR 2021 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | **Der Landrat braucht mehr Platz für's Personal**  
Grünfläche weicht Kreishaus-Neubau

7 | **»Unausgegoren und falsch«**  
Arbeitsgericht soll bleiben

11 | **Gemeindevertreter erneut ausgetrickst**  
Dorfstraße in Klandorf

Erheblicher Holzeinschlag an der Trasse:

## 50 Hertz schafft vollendete Tatsachen



Foto: HARTMUT LINDNER

**Die von 50 Hertz geplante 380kV-Freileitung von Bertikow (bei Prenzlau) nach Neuenhagen (bei Berlin), die das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin, das Stadtgebiet von Eberswalde und den Naturpark Barnim quert, ist hoch umstritten und Gegenstand eines laufenden Rechtsstreits vor dem Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) und eines Rechtsschutzverfahrens.**

Das BVerwG hat mit Entscheid vom 12.11.2020 unseren Antrag für das laufende Rechtsschutzverfahren einen Baustopp für das gesamte Bauvorhaben zu verhängen, abgelehnt, da 50 Hertz zugesichert habe, in den Baufeldern 1-3 (Bertikow – Golzow), in denen die Vogelschutzgebiete liegen, auf die sich die Klage des NABU-Brandenburg gegen das Bauvorhaben stützt, keine Baumaßnahmen durchzuführen.

Mit Blick auf die Baufelder 4 (Golzow-Sydower Fließ) und 5 (Sydower Fließ-Neuenhagen) hat das Gericht ausgeführt: *»Es mag sein, daß ein Erfolg des Antragstellers im Eil- und späteren Klageverfahren dazu führt, daß der Planfeststellungsbeschluß insgesamt beanstandet würde. Es ist aber Sache der Beigeladenen (50 Hertz, H.L.) zu entscheiden, ob sie bereits Investitionen vornimmt, obwohl sie nicht über einen bestandskräftigen Planfeststellungsbeschluß verfügt.«* (BVerwG, 12.11.2020, Rdnr. 5)

Die Bedeutung dieser Passage ist seit Dezember 2020 im Baufeld 4 zu betrachten. Im Auftrag von 50Hertz erfolgten als bauvorbereitende Maßnahme im Bereich der 220kV-Freileitung südlich des Brandenburgischen Viertels und in der Nähe von Schönholz erhebliche Holzeinschlagarbeiten, um die Trasse auszuweiten.

Für 50 Hertz ist die Rodung eine Investition. Daß diese Rodungen im Fall eines Erfolgs unserer Klage nicht mehr rückgängig gemacht werden können, interessiert das Unternehmen nicht. Hier wird deutlich, daß der Sinn eines Rechtsschutzverfahrens in sein Gegenteil verkehrt werden kann, denn der Rechtsschutz sollte eigentlich verhindern, daß während des Zeitraums bis zur Entscheidung des Rechtsstreits unaufhebbare Tatsachen geschaffen werden.

HARTMUT LINDNER

## Höchstspannungsfreileitung: Erdkabel als Alternative

Im Januar wurde bekannt, daß die Firma 50HERTZ, die den Neubau einer 380-kV-Freileitung (Uckermarkleitung) durch das Gebiet der Stadt Eberswalde betreibt, trotz eines laufenden Klageverfahrens gegen den jüngsten Planfeststellungsbeschluß im Bereich der Stadt bereits großflächig Wald für die geplante Trasse gerodet hat.

Wir halten an unserer bereits 2008 formulierten Forderung fest, die 380-kV-Leitung als Erdkabel zu verlegen, sofern keine Umgehungstrasse gefunden wird, die weder die Stadt noch das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin tangiert. Diese Forderung wurde in die verschiedenen Stellungnahmen der Stadt im Planfeststellungsverfahren zur *»Uckermarkleitung«* aufgenommen.

Diese Haltung fand auch in weiteren Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung ihren Niederschlag. So beteiligte sich die Stadt bereits 2010 an der Finanzierung wissenschaftlicher Gutachten, mit denen die

Ablehnung des geplanten Vorhabens begründet werden konnte, gemeinsam mit dem Landkreis Barnim und weiteren betroffenen Ämtern sowie der Stadt Angermünde. Die Stadt unterstützte 2013 auch die erfolgreiche Klage gegen den ersten Planfeststellungsbeschluß. ([sessionnet.eberswalde.de/sessionnet/bi/info.php](http://sessionnet.eberswalde.de/sessionnet/bi/info.php), Suchwort Uckermarkleitung)

Die Realisierung als Freileitung würde nicht nur das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen und Nutzungsbeschränkungen für die betroffenen Grundstücke, darunter Gewerbegebiete, Kleingärten und Garagenkomplexe, bedeuten, sondern durch die Nähe zu den Wohnbebauungen im Brandenburgischen Viertel und in Finow-Ost auch die Gesundheit der dort wohnenden Menschen gefährden.

Wählergruppe *»DIE PARTEI ALTERNATIVE LISTE EBERSWALDE«*

Siehe auch: [www.maxe-eberswalde.de/index.php?nr=3202101101](http://www.maxe-eberswalde.de/index.php?nr=3202101101)

# Lichtmeß

Liebe Leserin, lieber Leser, vor Beginn des Frühlings, an Lichtmeß, dem Tag, an dem die Sonne auf ihrem Jahreslauf zwischen Winter-sonnenwende und Frühjahrsanfang aufgeht, fallen uns wohl die bekannten Orakel zum künftigen Wetter und zum weiteren Verlauf des Jahres ein. Gutes Wetter an Lichtmeß gilt alenthalben als Zeichen für lange Winter, gefolgt von hektischer Betriebsamkeit. Auch wenn die Winter neuerdings nicht so kalt sind, wird dieser lange dauern und danach muß die verlorene Zeit wieder aufgeholt werden. Soviel scheint für Bauern und Gärtner sicher.

Leider ist es für unsere Gesamtgesellschaft in diesem Jahr anders. Mit großer Wucht geht es ans Eingemachte. Die kalte, leidvolle Zeit dauert schon ein ganzes Jahr und ein Ende ist bei aller Hoffnung nicht abzusehen.

Mittlerweile dümmert es selbst dem Langsamsten: Wie bisher kann es und wird es nicht weitergehen.

Irgendwas Grundsätzliches in dieser Gesellschaft läuft schief. Täglich und mit kleinen Schritten beschleicht uns die beschämende Erkenntnis, offensichtlich stecken unsere Gesellschaften weltweit schon eine ganze Weile in einer tiefen strukturellen Krise.

Es muß sich um etwas Grundlegendes handeln, wenn immer wieder mysteriöse Krankheiten entstehen, die sich rasant und überallhin verbreiten, der viele Menschenleben und ganze Wirtschaftszweige zum Opfer fallen.

Lassen Sie sich von dem allgegenwärtigen intellektuellen Getöse der Medien und der Spaßunternehmer nicht irre machen. Lauter, schneller, höher, weiter, komplizierter, digitaler und mehr und mehr hilft uns bei unseren gesellschaftlichen Problemen nicht weiter.

Die allseits gepriesene Ökonomisierung unseres Lebens kommt schmerzlich sichtbar an ihre Grenzen. Altenpflege, Kinderbetreuung, Unterricht, Medizin, Sport, Kunst, Kultur, Information, Freizeit, Urlaub, Politik, unser Leben sind eben keine ökonomischen Kategorien.

Wer sich Abhilfe aus einer weitergehenden Ökonomisierung der menschlichen Beziehungen erhofft, liegt wohl falsch und verwechselt Ursache mit Lösung. Statt dessen kann es mit den bisherigen Konzepten und Methoden nur schlimmer werden. Seien Sie ehrlich, Sie wissen es längst und es liegt auf der Hand, so wie wir unser Leben und menschliche Angelegenheiten organisieren, kann es nicht bleiben.

Wir brauchen vernünftige Ziele, menschliches Verhalten und wirksame Organisationen und nicht noch mehr Geld, Egoismus und kompliziertere Dinge, gepaart mit aufgeblähten Bürokratien. Die Autoren der Barnimer Bürgerpost stellen sich seit Jahren diesen Herausforderungen und werden sicherlich auch weiterhin darüber schreiben. Ich kann Sie nur ermuntern mitzumachen. Bleiben sie gesund!

Dr. MANFRED PFAFF

## Nachruf

Wir haben die traurige Nachricht zur Kenntnis nehmen müssen, daß unsere Freundin und Mitstreiterin

# Sabine Matthes

am 26. November 2020 verstorben ist.

Sie wurde 79 Jahre alt.

Sabine gehörte 1995 zu den Gründungsmitgliedern des Barnimer Bürgerpost e.V. und sie trug mit ihrer Sachkenntnis und ihrer Urteilsfähigkeit gerade in der schwierigen Anfangszeit viel dazu bei, daß sich unsere unabhängige Leserzeitung zu dem entwickeln konnte, das sie heute ist.

Nach ihrem Maschinenbau-Studium in der Sowjetunion absolvierte sie Mitte der 1960er Jahre ein Praktikum im Walzwerk Finow. Nicht zuletzt infolge ihres SU-Studiums engagierte sie sich politisch in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und in der SED. In den 1980er Jahren wurde sie dann sogar Parteisekretärin im Walzwerk.

Mit ihrer zuweilen direkten Art machte sie sich nicht nur Freunde. Besonders als sie nach 1985 zur begeisterten Anhängerin der sowjetischen Glastnost- und Perestroika-Politik wurde, »eckte« sie zuweilen an. Sogar ein Parteiverfahren mit dem Ergebnis einer Rüge mußte sie über sich ergehen lassen. An ihrer sozialistischen Überzeugung änderte das nichts.

Nach der sogenannten Wende erfuhr sie schnell die Segnungen der »freien Marktwirtschaft«. Als Diplom-Ingenieurin für Walzwerktechnik bot ihr die neue Gesellschaft keine beruflichen Perspektiven. Wie viele andere blieb sie im Kreislauf der Umschulungen und geförderten Beschäftigungsmaßnahmen gefangen.

Sie engagierte sich weiter politisch, gehörte dem Eberswalder Kreis-, später Gebietsvorstand der PDS an und wurde Stadtverordnete. Innerhalb der PDS setzte sie sich für die Stärkung basisdemokratischer Strukturen ein. Als hierfür die Perspektiven in der sich langsam etablierenden Partei geringer wurden, begann sich Sabine langsam mehr und mehr aus ihren politischen Engagements zurückzuziehen, ohne daß ihre Wißbegier und das Interesse an den gesellschaftlichen Entwicklungen nachließ.

Mit fast 60 fand sie dann mit der Malerei ein neues Gebiet, auf dem sie sich frei entfalten konnte und in dem sie persönliche Erfüllung fand. Seit dem Jahr 2000 lernte sie in der Malklasse von Manfred Tekla das hierfür nötige Handwerk. Aus der Malklasse gingen 2005 die »MALWEIBER« hervor, die in den Folgejahren zahlreiche Ausstellungen in Eberswalde und Umgebung gestalteten.

Ihre Kontakte zum Bürgerpost-Verein wurden seltener. Zuweilen trafen wir uns zufällig auf der Straße oder bei anderen Gelegenheiten. Von ihrer Freundlichkeit und Empathie hatte sie nichts eingebüßt. Es waren immer sehr angenehme Gespräche. Zuletzt telefonierten wir etwa im Frühjahr 2020 miteinander. Wir sprachen über neue Pläne. Sie wollte ihre Russischkenntnisse in unser Geschichtsprojekt zur Befreiung von Eberswalde einbringen, von dem ein erster Beitrag in der September-Ausgabe der Barnimer Bürgerpost erschien.

Nun ist sie gestorben.

In der Traueranzeige schreiben ihre Kinder: »Ihr kluger Geist verließ sie, umgeben von ihren Büchern und den Bildern ihrer Kinder und Enkel.«

Den Kindern und Enkeln gilt im Besonderen unser Mitgefühl.

Wir werden Sabine nicht vergessen.

Dr. MANFRED PFAFF (Vereinsvorsitzender)

GERD MARKMANN (Redakteur der Barnimer Bürgerpost)



## In knapp zwei Monaten Unterschriftslimit erreicht

Die Volksinitiative »Erschließungsbeiträge abschaffen!« hat bereits nach weniger als zwei Monaten die erforderliche Zahl von 20.000 Unterschriften geschafft... Dies zeigt, daß das Anliegen die Brandenburger bewegt und es trotz Corona bei einer gut strukturierten Kampagne möglich ist, eine Volksinitiative zum Erfolg zu führen. Für uns zeigt der große Zuspruch zudem, daß der Landtag seine Blocka-

dehaltung aus dem letzten Jahr überdenken muß... Wir werden die Unterschriftensammlung zunächst fortsetzen, um die Kampagne für die zweite Stufe (Volksbegehren) vorzubereiten. Inhaltliches Ziel ist – wie schon bei der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge – ein Wegfall der Bürgeranteile durch Kostenübernahme durch das Land.

PÉTER VIDA, BVB/Freie Wähler

## Pilotprojekt »PatMobil« verlängern

Die FREIEN WÄHLER SCHORFHEIDE fordern die Verlängerung des »PatMobil«-Pilotprojektes in der Schorfheide um ein weiteres Jahr. Besonders in Zeiten des Lockdowns und der Kontaktbeschränkungen ist dies unabdingbar.

Das Modellvorhaben »PatMobilBarnim« befindet sich aktuell in der Testphase und soll Patienten in der Schorfheide den Weg zum Arzt erleichtern. Derzeit beteiligen sich 13 Arztpraxen und die beiden Krankenhausstandorte in Eberswalde an dem Projekt.

Seit kurzem können Fahrten über die neue App »PatMobil« gebucht werden. Die Erprobung des Mobilitätsangebotes lief planmäßig noch bis Ende Januar 2021. Bisher wurde das Angebot nur recht dürftig genutzt und steht mangels Nachfrage vor dem Aus.

Wir fordern eine Verlängerung um mindestens ein weiteres Jahr. Dies soll zum einen dazu dienen, den Menschen Zeit zu lassen, sich auf dieses Angebot samt App-Nutzung einzulassen. Zum anderen soll die Zeit bis zur ÖPNV-Verbesserung in der Schorfheide überbrückt werden. Bereits Anfang 2020 hatte unsere Fraktion hierzu einen Antrag zur Prüfung

auf Verbesserung des ÖPNV-Angebotes für die Gemeinde eingebracht. Dieser wurde einstimmig in allen Gremien beschlossen.

Das derzeitige Angebot des »PatMobilBarnim«, das durch die Barnimer Busgesellschaft (BBG) bereitgestellt wird, ermöglicht in Zeiten der Corona-Pandemie eine bessere Beförderungslösung unter Berücksichtigung aller Hygienestandards. Besonders für ältere Menschen in unserer Gemeinde stellt dies ein Angebot dar, welches bisher nicht durch den ÖPNV geleistet wird.

Die Kosten für eine Hin- und Rückfahrt liegen bei 10 Euro und sind damit höher als die eines Tagestickets. Um die Chancen für eine Verlängerung des Projektes auszuloten, hatten wir in der Gemeindevertretung und im Sozialausschuß eine Debatte dazu angeregt. Wir hoffen nun, daß andere Fraktionen mit uns zusammen eine gemeinsame tragbare Lösung finden – zumindest, bis das Angebot mit verbesserten Buslinien in der Gemeinde den Weg zum Arzt, zum Einkaufen und zu Behörden in Zukunft ermöglicht bzw. erleichtert.

SVEN WELLER, Fraktionsvorsitzender

## Atomwaffenverbot. Endlich!

Mit dem am 22. Januar in Kraft getretenen UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen sind diese Massenvernichtungswaffen nach internationalem Völkerrecht verboten. Das ist ein Meilenstein im Einsatz für nukleare Abrüstung.



Aktion vor dem Bundeskanzleramt am 22. Januar.

Deutschlandweit feierten Aktivisten diesen Tag mit Kundgebungen, Mahnwachen, Kunstperformances. Viele Bürgermeister, wie z.B. Beilit Onay aus Hannover, würdigen ebenfalls das Inkrafttreten. Doch das Atomwaffenverbot wird nicht nur politisch gefeiert – sondern auch künstlerisch. Das Stadtballett aus Trier hat extra eine Choreographie einstudiert.

Wir haben am 22. Januar mit der Bundesregierung über den Atomwaffenverbot diskutiert und vorher bereits eine Online-Presskonferenz zum Inkrafttreten durchgeführt. Dabei hat Beatrice Fihn, die Direktorin von ICAN International, betont: »Die deutsche Be-

teiligung an Atomwaffenübungen und die Stationierung von Atomwaffen sind Aktivitäten, die unter dem Atomwaffenverbot verboten sind. Damit ist die deutsche Politik im Bezug auf Massenvernichtungswaffen eindeutig konträr zur Haltung der meisten Staaten weltweit. Das Festhalten an der Abschreckungspolitik wird Deutschlands Status als humanitärer Vorkämpfer auf der Weltbühne langfristig schaden.«

Das wollen wir verändern. Gemeinsam mit Euch. Ohne eure Unterstützung wäre das Inkrafttreten des Vertrags zum Verbot von Atomwaffen nicht möglich gewesen.

ANNE BALZER, ICAN Deutschland

## Barnimer Kulturpreis 2020

Bündnis 90/Die Grünen im Barnim schreiben auch in diesem Jahr den Barnimer Kulturpreis aus. Den Preis 2020 verstehen wir gleichzeitig als Zeichen der Solidarität mit den Kulturschaffenden, die in diesem Jahr in ihren Aktivitäten stark eingeschränkt waren. Der Preis ist wiederum mit 750 Euro dotiert, die von Mitgliedern der bündnisgrünen Kreistagsfraktion und von Axel Vogel, Umweltminister des Landes Brandenburg, gestiftet werden.

Bewerben konnten sich ehrenamtlich tätige Kulturschaffende, Vereine und Initiativen, die bereits über einen längeren Zeitraum zur Bereicherung des kulturellen Angebotes im Landkreis Barnim beitragen. Die Kulturangebote können sich sowohl an Kinder und Jugendliche als auch an Erwachsene richten. Die eingereichten Vorschläge sollten eine anschauliche Darstellung des kulturellen Wirkens sowie den Zeitraum der Aktivitäten enthalten.

Die Auswahl aus den bis zum 8. Januar eingereichten Bewerbungen erfolgt durch eine Jury, bestehend aus Vertretern von Bündnis 90/Die Grünen und aus dem Barnimer Kulturbereich.

Mit dem Kulturpreis 2019 war der Verein »Kulturhaus Heidekrug 2.0« aus Joachimsthal ausgezeichnet worden.

KARL-DIETRICH LAFFIN  
Begründer des Kulturpreises

## Hussitentaler

Die erneute Verlängerung des Lockdowns stellt viele Gewerbetreibende vor große wirtschaftliche Herausforderungen. Für die Lebendigkeit unserer (Innen-)Stadt ist es daher wichtig, in dieser Situation zu den lokalen Unternehmen zu halten und ihnen beizustehen. Aus diesem Grund werden lokale Einkäufe jetzt belohnt!

Bereits im Frühjahr des letzten Jahres richtete die BeSt Bernauer Stadtmarketing GmbH eine Unternehmensauflistung auf [www.bernauer-innenstadt.de](http://www.bernauer-innenstadt.de) ein, die Öffnungszeiten, Kontaktdaten und Angebote der lokalen Unternehmen zusammenfaßte, um die Gewerbetreibenden während des ersten Lockdowns zu unterstützen.

Alle Kunden, die nachweislich für mindestens 30 Euro bei einem der rund 60 aufgelisteten Unternehmen einkaufen, erhalten nun einen Hussitentaler im Wert von 10 Euro. Der Hussitentaler ist ein geschäftsunabhängiger Gutschein, der in über 25 Geschäften in Bernau einlösbar ist. Die Teilnahme ist denkbar einfach: eine Kopie oder Scan des Kassensbons mit einem Datum ab dem 31.1.2021 bei der BeSt Bernauer Stadtmarketing GmbH per E-Mail ([kontakt@best-berna.de](mailto:kontakt@best-berna.de)) oder postalisch (Breitscheidstraße 45, 16321 Bernau bei Berlin) einreichen. Die ersten 150 Teilnehmenden erhalten einen Hussitentaler.

NILS LÖNNIES

([www.bernauer-innenstadt.de](http://www.bernauer-innenstadt.de))

## Licht im Wald

**Eberswalde (bbp).** Der sogenannte *Schwarze Weg* zwischen dem Brandenburgischen Viertel und dem Bahnübergang am Eberswalder Tierpark soll eine neue Beleuchtungsanlage erhalten. Damit wird ein Antrag der Fraktionen SPD/BFE und Bündnis Eberswalde umgesetzt.

Am 9. Februar berät dazu der Ausschuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt, bevor am 18. Februar der Hauptausschuß entscheidet. Beide Versammlungen finden in der Stadthalle »Hufeisenfabrik« im Familiengarten statt, die ausreichend Platz bietet, um die Abstandsregeln einhalten zu können.

»Die Wegeverbindung Schwarzer Weg«, argumentiert das städtische Tiefbauamt, das die Vorlage eingereicht hat, »ist eine wichtige Verbindung für Fußgänger und Radfahrer zwischen dem Krankenhaus und dem Zoo ins Brandenburgische Viertel und in Richtung Finow«. Derzeit wird der etwa 800 Meter lange Weg mit elf alten verschlissenen Leuchten aus DDR-Zeiten beleuchtet. Die Vorplanung der HVB Ingenieurgesellschaft mbH aus Wandlitz sieht nun vor, eine LED-Beleuchtungsanlage mit dem *Clever Light System* der Firma LEIPZIGER LEUCHTEN GMBH aufzustellen.

Die Leuchten werden auf eine sehr geringe Grundhelligkeit eingestellt. Passieren Fußgänger und Radfahrer den Weg, werden sie von Sensoren erfaßt und die Leuchtstärke erhöht sich automatisch und fährt auf das zuvor programmierte Beleuchtungsniveau hoch. Das Signal wird an die nächste Leuchte weitergegeben, die ebenfalls hochfährt. Das Licht begleitet so den Verkehrsteilnehmer auf seinem Weg. Nach einer eingestellten Zeit fahren die Leuchten wieder zurück, bis die programmierte Grundhelligkeit erreicht ist. Vergleichbares gibt es bereits im Schwappachweg.

Statt der bisherigen elf Leuchten soll die neue Beleuchtungsanlage 20 Leuchtpunkte umfassen. Die Ausleuchtung des *Schwarzen Weges* wird sich somit deutlich verbessern, bei zugleich geringeren Energiekosten. Das Leipziger *Clever Light System* wirkt sich nicht nur positiv auf den Stromverbrauch aus, sondern trägt auch zu weniger Lichtverschmutzung und Schonung nachtaktiver Insekten bei. Der gewählte Leuchtentyp »*Alfons*« minimiert zudem konstruktionsbedingt die Lichtverschmutzung.

Die Erneuerung der Lichtenanlage des *Schwarzen Weges* kostet insgesamt etwa 150.000 Euro, die vollständig durch Eigenmittel der Stadt aufgebracht werden. Die Realisierung ist im dritten Quartal 2021 geplant.

Bereits im Dezember hat der Hauptausschuß den Bau einer ähnlichen Beleuchtungsanlage am Weg zwischen Zainhammer und Tierpark beschlossen. Dieser Weg durch den Wald in Schwärzenähe war bisher frei von jeglicher Lichtverschmutzung. Gebaut wird im zweiten und dritten Quartal 2021. Die Kosten betragen etwa 83.000 Euro, die ebenfalls durch Eigenmittel der Stadt finanziert werden.

## Der Landrat braucht mehr Platz

*Eine weitere innerstädtische Grünfläche soll nach alten Plänen bebaut werden*

**Eberswalde (bbp).** Seit der Landrat DANIEL KURTH 2018 den Posten übernahm, vermehrte sich das Personal der Kreisverwaltung um knapp hundert Stellen. Eine Folge ist, daß der Platz in dem 2007 neugebauten Häuserkomplex am Markt nicht mehr ausreicht. Noch in diesem Jahr sollen rund 60 neue Arbeitsplätze in der einstigen Kreisvolkshochschule in der Ossietzkistraße entstehen. Dafür soll das Gebäude saniert und mit einem Fahrstuhl versehen werden.

Gerüchte, wonach die Kreisverwaltung für einen Erweiterungsbau den Kirchenhang bebauen wolle, konnte die Eberswalder Baudezernentin ANNE FELLNER ausräumen. Der Stadtverordnete OSKAR DIETTERLE (Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur) hatte dies im Dezember im Ausschuß für Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr (ASWU) thematisiert. Ein solches Ansinnen, so die Dezernentin, würde seitens der Stadtverwaltung nach der Herrichtung des Kirchenhanges durch die Stadt Eberswalde nicht unterstützt werden.

Statt dessen plane der Landkreis einen Erweiterungsbau auf der Grundstücksfläche zwischen der Goethe- und der Kirchstraße, wofür es auch einen rechtskräftigen Bebauungsplan gibt, ergänzte Anne Fellner. Solange die Kreishausenerweiterung in dessen Rahmen erfolgt, sei kein Beschluß der Stadtverordnetenversammlung erforderlich.

Der Landkreis plant an dieser Stelle ein viergeschossiges Gebäude. Da so viele Büroräume dann doch nicht gebraucht werden, will Landrat Kurth dort auch die Polizeiwache Eberswalde unterbringen, die seit dem Auszug aus ihrem einstigen Sitz in der Pfeilstraße derzeit im Behördenzentrum an der Lanker Straße stationiert ist.

»Dieses Grundstück«, wandte KAREN OEHLER (Bündnis 90/Grüne) ein, »hat eine besondere Bedeutung für die Innenstadt als Verbindung zwischen dem Museum, dem Landkreis Barnim und

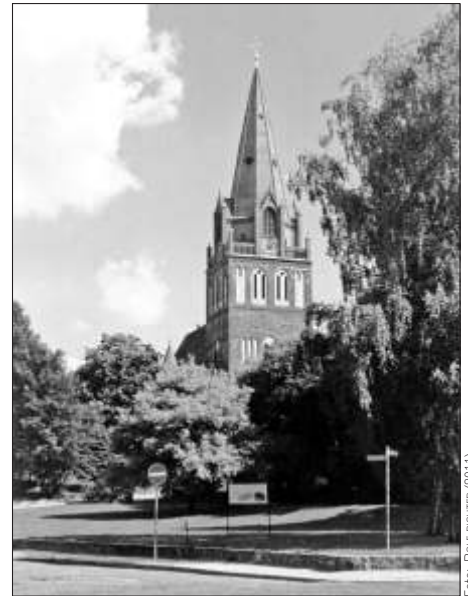


Foto: ROLF RICHTER (2011)

Dieser Blick auf die Maria-Magdalenen-Kirche soll zugebaut werden. Die Bäume werden dem Kreishaus-Erweiterungsbau weichen müssen.

dem Zoo«. Der vorhandene Bebauungsplan reiche daher als alleinige Grundlage für das Projekt nicht aus. Vielmehr sollte eine genaue Aufgabenbeschreibung erfolgen und über einen Wettbewerb nachgedacht werden, wie er zum Hort in der Kyritzer Straße 17 realisiert wurde. Die Baudezernentin bestätigte, daß bereits im ersten Gespräch mit der Kreisverwaltung, in dem es um den Erweiterungsbau ging, darauf hingewiesen worden sei, daß »die Stadt ausdrücklich wünscht, daß ein Wettbewerb durchgeführt wird«. Die Kreistagsfraktionen sollten diesen Vorschlag aufgreifen, regt sie an.

Mit der Kreiswerke Barnim GmbH (KWB) verfügt der Landkreis inzwischen – nach entsprechender Anpassung des Gesellschaftsvertrages – wieder über einen eigenen Kreisbaubetrieb, der bereits das neue Kreisarchiv in Nordend realisiert.

## Familienfreundliches Rathaus

Der Betrieb des neuen Rathauses in Bernau ist angelaufen, die ersten politischen Gremien tagten bereits dort. Da Bernau eine kinder- und familienfreundliche Stadt ist, muß sich dies auch in unserem Rathaus widerspiegeln. (Schließlich strebt unsere Stadt das Siegel »*Kinderfreundliche Kommune*« an.) Nicht nur Besuchern, sondern auch den Mitarbeitern des Rathauses soll der Aufenthalt mit Kindern erleichtert werden. Mit kleinen Veränderungen ließe sich das im Handumdrehen umsetzen.

Daher setzen wir von BVB/Freie Wähler uns dafür ein, Foyers und Bürgersaal mit Sitzgelegenheiten für Kleinkinder auszustatten sowie die barrierefreien Besuchertoiletten mit Wickelkommoden nachzurüsten und Windel-eimer zu beschaffen.

Bei diesen ersten kleinen Schritten soll es aber nicht bleiben. Einen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf würden sogenannte Eltern-Kind-Zimmer darstellen. Bei kurzfristigen Betreuungsgespäßen hätten Mitarbeiter der Stadtverwaltung so die Möglichkeit, ihr Kind zur Arbeit mitzubringen. Eine rechtliche Grundlage für die Schaffung von Eltern-Kind-Arbeitszimmern gibt es zwar nicht, allerdings wäre es ein Zeichen für familienorientierte Personalpolitik.

Die Forderungen unseres Antrages sind kleine Veränderungen, die aber ein wichtiges Zeichen setzen. Nämlich, daß Bernau viel dafür tut, Familien zu entlasten.

ANETTE KLUTH, Stadtverordnete  
NADINE SCHNITTKKE, Sachk. Einwohnerin

## Bildungsgang »Gesundheit« am OSZ I

In enger Kooperation mit der Schulleitung des Oberstufenzentrums und der Kreisverwaltung entwickelte die Fraktion Grüne/B90 im Kreistag Barnim den Vorschlag, am OSZ I in Bernau schnellstmöglich einen Bildungsgang Fachoberschule (FOS) mit dem Schwerpunkt »Gesundheit« einzuführen. Einen entscheidenden Beschlusstrag bringt die Fraktion in den nächsten Kreistag am 8. März ein.

»Mit der Einführung dieses Bildungsangebots erreichen wir mehrere positive Effekte«, sagt dazu die Vertreterin der Grünen im Bildungsausschuß, Katja Hoyer. »Die Ausbildungsmöglichkeiten für junge Menschen in zukunftssträchtigen und dringend benötigten Heil- und Pflegeberufen werden erweitert, der Bildungsgang trägt der zunehmenden Akademisierung in diesen Berufen Rechnung und das Oberstufenzentrum in Bernau wird gestärkt. Indem wir die Zukunftsperspektiven der Jugendlichen verbessern, wird es auch besser gelingen, junge Leute im Barnim zu halten und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.«

Der Bildungsgang Fachoberschule (FOS) dauert 2 Jahre und endet mit dem Erreichen der allgemeinen Fachhochschulreife. Dabei handelt es sich um den zweithöchsten allgemeinbildenden Abschluß nach dem Abitur. Er bereitet perfekt auf eine qualifizierte Berufsausbildung vor und ermöglicht fast alle Studiengänge. Am OSZ I in Bernau besteht dieser Bildungsgang bereits im Bereich Wirtschaft. Der

Zweig »Gesundheit« würde das Angebot sinnvoll erweitern. Für eine praxisnahe Ausbildung stehen im Barnim zahlreiche Krankenhäuser, Pflege- und Rehabilitationseinrichtungen als Kooperationspartner zur Verfügung, z.B. die Gesellschaft für Leben und Gesundheit (GLG) in Eberswalde.

Bereits in der Kreistagssitzung im September 2020 hatte die Fraktion Grüne/B90 die Verwaltung beauftragt zu prüfen, für welche neuen und zusätzlichen Ausbildungsberufe oder -felder sich am OSZ in Bernau ein Bedarf abzeichnet. Ziel war es, diesen Standort, vor dem Hintergrund einer geplanten Fusion der beiden Oberstufenzentren in Eberswalde und Bernau, dauerhaft zu sichern.

Das OSZ in Bernau muß zwingend als eigenständiger Schulstandort erhalten bleiben. Die FOS Gesundheit untermauert dieses Bekenntnis und stärkt das Oberstufenzentrum. So wird Zukunft gestaltet.

HEIKE WÄHNER, Fraktionsvorsitzende

## Livestream im Kreistag umsetzen!

Vor über drei Jahren (Dezember 2017) hat der Kreistag mit klarer Mehrheit die Einführung von Livestream-Übertragungen beschlossen. Der Landrat hat diesen Beschluß bis heute nicht umgesetzt. Selbst nachdem die Kreistagsabgeordneten diesen Willen durch eine entsprechende Regelung in der Geschäftsordnung bekräftigten, wurde die Livestream-Übertragung nicht eingeführt.

Die Übertragung der Sitzungen ist mittlerweile in vielen Kreisen und Gemeinden gängige Praxis. Sie hilft, Bürgern das demokratische Geschehen näherzubringen und stärkt damit die kommunalen Institutionen. Gerade bei einem Kreistag, dessen Sitzungen bereits um 17 Uhr beginnen, hat nicht jeder Interessierte die Möglichkeit, selbst anwesend zu sein. Daher ist die Ermöglichung des Livestreams auch eine Frage von Bürgerfreundlichkeit.

Hinzu kommt, daß in Zeiten von Corona ohnehin mehr auf Videoübertragung gesetzt werden muß. Wenn schon das Treffen vieler Personen möglichst vermieden werden soll, sollte durch Livestream-Übertragung den Bürgern die Möglichkeit gegeben werden, die Debatten auf diesem sicheren Wege zu verfolgen.

Die Anfrage des Landtagsabgeordneten Péter Vida bei der Landesregierung ergab, daß Landrat Kurth verpflichtet ist, den Beschluß umzusetzen. So hat – laut Landesregierung – der Landrat alle rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit die Beschlüsse im größtmöglichen Umfang ihre Wirkung entfalten können. Eine weitere Verzögerung ist daher nicht hinnehmbar.

rung ist daher nicht hinnehmbar.

Die Fraktion BVB/FREIE WÄHLER im Kreistag fordert, daß der Beschluß endlich umgesetzt wird, unabhängig vom Tagungsort der kommenden Sitzung. Zugleich sollten auch die kommenden Ausschusssitzungen, die ja als Videokonferenz abgehalten werden, auch gestreamt werden. Es ist davon auszugehen, daß die Kreisverwaltung über die nötigen technischen Möglichkeiten hierzu verfügt, sodaß es zu keinen weiteren Verzögerungen kommt.

THOMAS STRESE und SVEN WELLER

### Arbeitsgericht erhalten

Auf einer digitalen Sitzung hat sich der erweiterte Vorstand der SPD Uckermark für den Standorterhalt des Arbeitsgerichts in Eberswalde ausgesprochen.

Die SPD steht für eine bürgernahe Verwaltung – dazu gehört auch ein Arbeitsgericht im Nordosten des Landes. Wir lehnen die Schließung ab und fordern das CDU-Ministerium zum Umdenken auf.

Es geht uns darum, daß Arbeitende schnell und zuverlässig ihre Ansprüche geltend machen können und Fristen gewahrt werden. Dafür hat sich die Struktur in Eberswalde etabliert. Auch die ehrenamtlichen Schöffen und Mitarbeiter, mit denen wir sprechen, lehnen eine Standortverlagerung ab.

STEFAN ZIERKE  
(Seite 7)

## B167-neu in weiter Ferne

Eberswalde (bbp). Der Erörterungstermin zur Planfeststellung der B167-neu liegt ein Jahr zurück. Die Einwendungen und Hinweise sollten geprüft und gegebenenfalls in die Planungsunterlagen eingearbeitet werden. Die für Mitte 2020 avisierte erneute Auslegung der Unterlagen blieb bislang aus.

Der im Erörterungstermin skizzierte Zeitplan habe sich verzögert, teilte nun KATHLEEN BERNAU von der Anhörungsbehörde, dem Landesbetrieb für Bauen und Verkehr in Hoppegarten, auf eine Anfrage von JOHANNES MADEJA aus Finowfurt mit. Man rechne nicht vor 2022 mit dem Abschluß des Planfeststellungsverfahrens, hatte zuvor der Bürgermeister von Schorfheide Wilhelm Westerkamp in einem Interview mit der lokalen Tageszeitung geäußert (MOZ, 5.1.2021).

Diese Aussage sei »eine unverbindliche, aber auch aus meiner Sicht durchaus realistische Prognose«, bestätigte die Mitarbeiterin der Anhörungsbehörde. »Ich gehe davon aus, daß der Bürgermeister in regelmäßigem Austausch mit dem Landesbetrieb Straßenwesen zu diesem Thema steht und daher zwar nur für sich selbst verbindlich sprechen kann, aber seinen diesbezüglichen Aussagen entsprechende Aussagen des Vorhabenträgers zum gegenwärtigen Planungsstand zugrunde liegen.« Eine Planänderung sei nach wie vor angekündigt, liege bei der Anhörungsbehörde aber noch nicht vor.

Auch die Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Grüne in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde KAREN OEHLER geht davon aus, daß das Planfeststellungsverfahren für die B167-neu noch »geraume Zeit« in Anspruch nehmen wird. »Wir schätzen ein«, schreibt sie im Eberswalder Amtsblatt vom Januar 2021, daß »die Chancen für einen Baubeginn in den nächsten Jahren sinken«.

## Klares Bekenntnis

Eberswalde (bbp). »Die Stadtverordnetenversammlung Eberswalde bekennt sich klar zum Standort des Arbeitsgerichtes in der Stadt. Die über die Medien veröffentlichten Absichten der Schließung des Standortes werden abgelehnt.« Diese Resolution haben die Stadtverordneten auf Vorschlag der Fraktionen Die Linke, FDP/Bürgerfraktion Barnim und SPD/BFE am 15. Dezember beschlossen.

Die Justiz in Brandenburg müsse für alle Menschen wohnortnah erreichbar sein, heißt es in der Begründung. Eine Ausdünnung der Standorte führe zum genauen Gegenteil. Die Stadt Eberswalde als Verwaltungszentrum in Nordostbrandenburg dürfe nicht weiter geschwächt werden.

Mit dem Beschluß wird der Bürgermeister gebeten, »die Haltung der Stadtverordneten gegenüber der Landesregierung in geeigneter Weise öffentlich deutlich zu machen und alle Mittel zu nutzen, um eine Schließung zu verhindern«.

## OdF-Gedenktag

**Bernau (bbp).** Mit einem »kleinen gemeinsamen Gedenken« am Mahnmal auf dem Bahnhofsvorplatz Bernau erinnerten Mitglieder des Bernauer Stadtvorstandes der Partei Die Linke am 27. Januar an die Opfer des Faschismus.



Foto: DIE LINKE BERNAU

Dr. HILDEGARD BOSSMANN, Mitglied des Stadtvorstandes und Stadtverordnete der Linkspartei in Bernau schloß ihre Rede mit den Worten: »Das Gedenken an die Befreiung des Lagers Auschwitz und die Opfer des Faschismus am heutigen Tag verbinden wir mit der Überzeugung, daß die Ausbreitung von Haß, Feindbildern und Ausgrenzung, in welcher Ausprägung und mit welchen Worten auch immer, keinen Platz haben darf in unserem persönlichen Umfeld, in unserer Gesellschaft.«

MARTIN GÜNTHER, Mitglied des Bernauer Stadtvorstandes und stellvertretender Landesvorsitzender der Linken, betonte in seinem Beitrag: »Wir sehen, wie Rechte sich auf der Straße organisieren. Wie sie wieder zu offener Gewalt greifen – in Kassel, in Hanau, in Halle und anderswo. Daß sie durch die AfD auch den Bundestag als ihre Bühne nutzen, ist immer wieder schwer zu ertragen. Erinnern heißt, Einstehen dafür, daß es nie wieder geschieht. Für uns als Linke ist das Gedenken deshalb ein klarer Auftrag, unerschrocken antifaschistisch zu sein.«

## Mobi Sticks in der Bibliothek

**Eberswalde (prest-ew).** Die Stadtbibliothek bietet seit November Hörbücher auch im USB-Stick-Format, genannt »mobi Hörsticks«. Eine zeitgemäße Variante, nachdem neuere PCs, Laptops, Tablets oder auch Fahrzeuge oft kein CD-Laufwerk mehr aufweisen. So bleibt der Genuß eines guten Hörbuchs mit diesen Geräten weiterhin möglich, wenn ein USB-Anschluß vorhanden ist. Dank größerer Speicherkapazität als bei CDs befinden sich auf einem kleinen USB-Stick etwa gleich alle drei Teile einer Romanreihe. Platz- und Gewichtsersparnis werden also weiter gesteigert. Auch ein Novum: der USB-Stick steckt in einer kleinen, buchförmigen Kassette. Der Wiedererkennungseffekt mit der vertrauten Printvariante des Titels ist durchaus originell.

## Buchtip:

# Erinnerung schützt vor Wiederholung

*Schicksale und Leidenswege jüdischer Menschen von 1933-1945 in Zepernick*

Vergessen oder »Schlußstrich ziehen« kommt für WALTER SEGER nicht in Frage. »Das ist keine Lösung«, sagt der 71-Jährige, der sich seit Jahren regionaler Geschichte zuwendet: »Nur lebendige Erinnerung schützt vor Wiederholung!«, ist seine Überzeugung.

In Zusammenarbeit mit dem Panketaler Geschichtsverein »Heimathaus« e.V. hat er ein Buch mit dem Titel »Die jüdischen Bewohner in Zepernick 1933-1945« geschrieben und damit eine weitere Publikation herausgebracht.

Mit diesem Buch erinnert Walter Seger an die Entrechtung, Verfolgung, Vertreibung und Verschleppung der jüdischen Bevölkerung in Zepernick zwischen 1933 und 1945. Nur wenigen Menschen sind die in diesem Buch geschilderten Sachverhalte, persönlichen Schicksale und Leidenswege der jüdischen Nachbarn bekannt. Vergangenes soll nicht vergessen werden, dafür widmet der Klosterfelder Autor ein Großteil seiner Lebenszeit.

Er bleibt nicht in der Betrachtung des Gestern stehen, sondern zeigt Parallelen zu aktuellen Ereignissen auf und analysiert sie. »Die oft unzulängliche juristische Aufarbeitung des Unrechts und die zur Farce geratenen Entnazifizierungsverfahren im Nachkriegsdeutschland sind ein weiteres Thema dieses Buches«, fügt er hinzu.

Walter Seger konnte auf die umfangreichen Recherchen des früheren Ortschronisten von Zepernick, Dr. ROLF GERLACH, zurückgreifen. Durch dessen Pionierarbeit in der Phase der gesellschaftlichen Neuorientierung der 1990er Jahre konnten wertvolle Hinweise und Hintergrundinformationen beigesteuert werden. Die von Rolf Gerlach geführten Interviews mit Zeitzeugen und seine Untersuchungsergebnisse waren eine sehr wichtige Quelle für das Gelingen dieses Buches.

Besonderer Dank des Autors wird auch MARTIN JEHLER zuteil, der durch seine wertvolle Vorarbeit in Form von Interviews wichtige Grundlagen legte. Er war im Jahr 2006 der Initiator der Stolpersteinverlegung vor dem Haus des jüdischen Ehepaars Gerda und Moritz Löwenthal in der Poststraße 8 in Zepernick. Bereits vor einigen Jahren hob er das Thema »Jüdische Bewohner in Zepernick« an die Oberfläche und wies dabei auf einen blinden Fleck in der jüngeren Geschichte Zepernicks hin.

Auch den Fundus des Geschichtsvereins Zepernick nutzte der Autor als Quelle für sein Buch, das man jedem Leser, jeder Leserin nur wärmstens ans Herz legen kann. **BB**

Walter Seger: »Die jüdischen Bewohner von Zepernick 1933-1945«, ISBN: 9 783 752 644 487

## »Schule macht stark«

**Eberswalde/Bernau (bbp).** Das Pilotprojekt »Schule macht stark« richtet sich an alle Schularten und Jahrgangsstufen im Primarbereich und in der Sekundarstufe I. Es soll die Bildungschancen von sozial benachteiligten Schülerinnen und Schülern verbessern. Dafür stellen das Bundesministerium für Bildung und Familie (BMBF) und die Länder insgesamt 125 Millionen Euro zur Verfügung.

Aus dem Barnim sind drei Schulen Teil des Pilotprojektes, das bundesweit 200 Schulen umfaßt. Mit dabei sind die KARL-SELLHEIM-SCHULE in Eberswalde sowie die OBERSCHULE AM ROLLBERG und die SCHULE IM NIBELUNGEN-VIERTEL in Bernau. »Schule macht stark« ist auf zehn Jahre angelegt und in zwei Phasen zu je fünf Jahren gegliedert.

In der ersten Phase unterstützt ein Forschungsverbund die Schulen dabei, ihre besonderen Herausforderungen zu meistern. Das heißt, ab dem Schuljahr 2021/2022 identifizieren Wissenschaftler gemeinsam mit den Schulen den Bedarf in der Schul- und Unterrichtsentwicklung, erkennen vorhandene Potentiale und entwickeln neue Strategien und Konzepte. Weitere Arbeitsschwerpunkte sind die Vernetzung mit anderen Bildungs- und sozialen Angeboten sowie untereinander. Die zweite Phase dient dem Transfer der entwickelten Strategien und Konzepte an andere Schulen.

## Thyssenkrupp Rothe Erde GmbH: Wälzlagerwerk schließt

**Eberswalde (bbp).** Die einstige DRE/CON Großwälzlager GmbH Eberswalde auf dem Gelände des einstigen Kranbaus wurde im Dezember 2006 von der Konkurrenz, dem Hoesch-Krupp Konzern, übernommen und firmierte schließlich seit 2005 als Thyssenkrupp Rothe Erde. Das Dortmunder Stammwerk wurde seit 2008 erweitert und ausgebaut.

Im vorigen Jahr kamen schließlich die Pläne an die Öffentlichkeit, wonach das Werk in Eberswalde geschlossen werden soll. Gestiegener Preisdruck gab die Unternehmensleitung als Grund an. Auftraggeber würden Billiglohnländer wie Indien oder China bevorzugen. Die in Eberswalde gefertigten Blattlager für Windenergieanlagen würden zudem von ihren Maßen her kaum noch verwendet.

Die IG Metall hält das für nicht nachvollziehbar. Seit September verhandelte die Gewerkschaft und der Betriebsrat mit der Geschäftsführung. Seitens der Mitarbeiter gab es viele Ideen für Einsparungen. Betriebsrat und Belegschaft hatten ein Konzept erarbeitet, um das Werk und die Arbeitsplätze zu erhalten. Auch die Landesregierung und die Stadt Eberswalde boten Hilfe an.

Am 29. Januar teilte nun die Geschäftsleitung mit, daß das Werk in Eberswalde zum Ende des Jahres geschlossen wird.

## Reform der Arbeitsgerichte unausgegoren und falsch

Zu dem von Justizministerin Hoffmann vorgestellten Standort-Konzept für die Arbeitsgerichtsbarkeit, das u.a. die Schließung des Arbeitsgerichtes Eberswalde und die Errichtung von Gerichtstagen vorsieht, erklären STEFFEN MARX (amtierender Direktor des AG Eberswalde), Richterin MONIKA STÜRMANN und Richter ANDRÉ von OSSOWSKI sowie Personalrätin MARTINA KUBIN:

Die gegenwärtige Struktur der Brandenburgischen Arbeitsgerichtsbarkeit hat sich bewährt und gewährleistet für die Bürger Rechtsschutz wohnortnah. Die Gerichte sind auch an den »kleinen« Standorten funktionsfähig, die sich abzeichnenden Probleme in der Personalausstattung können leicht behoben werden, wenn die Arbeitsgerichte bei der Nachbesetzung von Stellen mit anderen Gerichtsbarkeiten gleichbehandelt werden. Eine überobligatorische Haushaltsbelastung geht damit kaum einher. Der Rückzug von Gerichten aus der Fläche wäre ein politisch verfehltes Signal an die Bürger. Auch für Parteien und Rechtsanwälte kommt es zu einem erhöhten Aufwand.

Es ist unverständlich, daß gerade die Arbeitsgerichtsbarkeit, die den ersten Termin regelmäßig innerhalb von drei Wochen nach Klageeingang durchführt und die allermeisten Verfahren spätestens nach sechs Monaten erledigt, auf die Einsparagenda der Landesregierung gerät, so daß mittelfristig auch hier Zustände wie in der überlasteten Sozial- oder Verwaltungsgerichtsbarkeit mit deren langen Verfahrensdauern nicht auszuschließen sind.

Die Präsenz von Arbeitsgerichten auch außerhalb der »großen« Gerichtsstandorte ist ein Service für die Rechtssuchenden, der nicht

aus Haushalts- und Praktikabilitätsersparungen leichtfertig aufgegeben werden sollte.

Es war erklärtes Ziel der Landesregierung, Verwaltungsstandorte in der Fläche anzusiedeln, nicht zuletzt auch zur Stärkung strukturschwacher Regionen. Dies würde durch die Schließung von Gerichtsstandorten konterkariert. Insbesondere der strukturschwache Nordosten Brandenburgs (BAR, UM), wo bereits heute weder ein Land-, Sozial- und Verwaltungsgericht existiert, würde einen weiteren Gerichtsstandort verlieren. Eine Prüfung, ob das Arbeitsgericht Eberswalde durch einen neuen Zuschnitt der Gerichtsbezirke erhalten werden kann, ist ebensowenig erfolgt wie die Konsultation der unmittelbar betroffenen und mit den Verhältnissen vor Ort vertrauten Beschäftigten.

Die vorgesehenen Gerichtstage können ein Gericht nicht ersetzen. Zu einem geordneten Gerichtsbetrieb gehört nicht nur die Anwesenheit eines Spruchkörpers, sondern auch die Infrastruktur des Gerichtes vor Ort, die kurzfristige Erreichbarkeit per Telefon oder Schriftsatz. Insbesondere die Rechtsantragsstelle, in der Klagen vor Ort schnell und unkompliziert eingereicht werden können, wird in Eberswalde fehlen. So werden zusätzliche Hürden für

den Zugang zum Arbeitsgericht gesetzt. Zugleich haben sich Gerichtstage bereits in der Vergangenheit nicht bewährt. Diese wurden Ende der 90iger Jahre durch Rechtsverordnung ohne Beteiligung des Parlamentes (ein Verfahren, welches auch jetzt wieder vorgesehen ist) abgeschafft. Wie ernst es die Landesregierung mit der Präsenz der Arbeitsgerichte in der Fläche meint, wird durch die beabsichtigte Schließung der Außenstelle des Arbeitsgerichtes Cottbus in Senftenberg deutlich. Das Standortkonzept spricht insoweit von einem »Modellversuch«. Fraglich ist auch, ob die sachlichen und personellen Voraussetzungen an den für die Absicherung der Gerichtstage vorgesehenen Amtsgerichten überhaupt vorliegen.

Der Personalrat stellt fest: Von der Schließung des Gerichtes erfahren die Beschäftigten, wie auch der Direktor aus der Presse. Gerade in dieser hochsensiblen Corona-Zeit, ist das besonders empörend.

Es wäre zwingend erforderlich gewesen, die Personalvertretungen bei der Erarbeitung und Vorstellung des Konzeptes zu beteiligen. Die Beschäftigten haben große Angst und Sorge um ihren Arbeitsplatz. Ein konkretes Konzept der Weiterbeschäftigung der betroffenen Kolleginnen und Kollegen ist bisher nicht bekannt.

## Arbeitsgericht soll bleiben

**Eberswalde (bbp).** Inzwischen weiten sich die Proteste gegen die beabsichtigte Schließung des Arbeitsgerichtes in Eberswalde aus. Nachdem bereits im Dezember die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung auf Anregung der Fraktionen Die Linke, FDP/Bürgerfraktion Barnim und SPD/BFD in einer Resolution den Erhalt des Gerichtsstandortes gefordert hatten (Seite 5), meldeten sich im Januar weitere Gremien und Persönlichkeiten zu Wort.

So traten am 14. Januar der Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski und der Co-Fraktionsvorsitzende der Linken im Landtag Brandenburg Sebastian Walter, zugleich Vorsitzender der Linksfraktion in der Stadt Eberswalde, gemeinsam vor die Presse. »Der geplante Abzug des Arbeitsgerichtes aus Eberswalde ist nicht akzeptabel. Nicht nur, daß es im Vorfeld keinerlei Kommunikation seitens der Landesregierung zu dem Thema gab, sondern auch weil sich die Landesregierung damit deutlich von ihrem Koalitionsvertrag verabschiedet. Dort wird klar gesagt, daß der wohnortnahe Zugang zu Gerichten erhalten bleiben wird. Mit dem Abzug des Arbeitsgerichtes aus Eberswalde wird dieses Versprechen der Regierungskoalition klar gebrochen«, so der Bürgermeister. Walter ergänzte: »Aus meiner eigenen Erfahrung als ehrenamtlicher Arbeitsrichter kann ich das nur unterstreichen.« Es

gebe weder fachliche noch finanzielle Notwendigkeiten, den Nordosten Brandenburgs noch weiter strukturell zu schwächen.

In der letzten Januarwoche schloß sich der gemeinsame Protest der Bürgermeister und Amtsdirektoren im Landkreis Barnim an.

»Der 2019 abgeschlossene Koalitionsvertrag von SPD, B90/Grüne und CDU steht unter dem Motto 'Zusammenhalt, Nachhaltigkeit, Sicherheit'. Davon kann bei der beabsichtigten Schließung des Arbeitsgerichtes Eberswalde, mit dem Geltungsbereich Uckermark und Barnim, keine Rede sein. Es ist uns unverständlich, warum gut funktionierende Strukturen aufgelöst werden.« Mit diesen Argumenten meldeten sich die Vorsitzenden der SPD-Ortsvereine Eberswalde, Finow, Bernau und Biesenthal-Barnim Jörg Zaumseil, Ringo Wrase, Lars Stepniak-Bockelmann und David Kenzler sowie des SPD-Unterbezirks Uckermark Stefan Zierke zu Wort. Auch der Vorsitzende der SPD/BFE-Fraktion in der StVV Eberswalde Hardy Lux, zugleich Landtagsabgeordneter der SPD und die Vorsitzende der Wählergruppe »Bürger Für Eberswalde« (BFE) Isabell Sydow, unterschrieben den Appell. Der Protest richtet sich gegen Justizministerin Susanne Hoffmann (CDU) und gegen die Landtagsfraktionen der Koalition – also auch der Landtagsfraktion der SPD.

## »Bürgernähe stärken«

**Potsdam (bbp).** »Funktionsfähigkeit der Brandenburger Arbeitsgerichtsbarkeit sichern und Bürgernähe stärken«. Das sind die Schlagworte, mit denen Justizministerin Susanne Hoffmann am 14. Januar ihre Reformpläne für die Arbeitsgerichte vorgestellt hat. Sie resümiert: »Seit Jahren sind die Eingänge bei den Arbeitsgerichten rückläufig. Wenn wir jetzt nicht handeln, wird die Arbeitsfähigkeit mehrerer Standorte bereits in absehbarer Zeit nicht mehr zu gewährleisten sein.«

Geplant ist eine Neustrukturierung mit vier statt bisher sechs Arbeitsgerichtsbezirken mit dauerhaften Standorten in Brandenburg an der Havel, Neuruppin, Frankfurt (Oder) und Cottbus. Die Geschäfte des Arbeitsgerichtes Potsdam sollen zukünftig von dem »gut erreichbaren Arbeitsgericht in Brandenburg an der Havel« wahrgenommen werden. An den bisherigen Standorten Eberswalde und Senftenberg soll die Präsenz der Arbeitsgerichtsbarkeit in Gestalt von Gerichtstagen erhalten werden.

Im Rahmen eines Modellprojektes sollen zudem erstmals auch an weiter entfernten liegenden oder schwer erreichbaren Standorten Arbeitsgerichtsverhandlungen vor Ort ermöglicht und zusätzliche Gerichtstage in Perleberg und Luckenwalde eingeführt werden. »Dies verkürzt die Wege der Rechtssuchenden erheblich.« Die Umstrukturierung soll für die Mitarbeiter möglichst sozialverträglich gestaltet werden.

»Kulturbühne Eberswalde«

**Eberswalde (bbp).** Als ein Projekt des anlässlich der Coronapandemie aufgelegten Hilfspaketes »Eberswalde handelt« wurde in der Sitzung des städtischen Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration (AKSI) am 2. Dezember 2020 die »Kulturbühne Eberswalde« vorgestellt.

Für das Projekt »Kulturbühne Eberswalde«, erläuterte der Sozialdezernent Prof. Dr. JAN KÖNIG, stehen insgesamt 65.000 Euro zur Verfügung. Per Brief erhielten verschiedene Künstler die Information, »daß sie die Möglichkeit haben, in einem zweiseitigen Konzept ihre Ideen vorzubringen, wie sie im nächsten Jahr die Kulturbühne beleben können«. Dies können u.a. Ausstellungen von Malern, Fotografen etc. sein oder anderes, was auf die Bühne gebracht wird. Dafür erhalten die Künstler jeweils 1.500 Euro bei Einreichung ihres Konzeptes, also zum Teil noch 2020, und weitere 1.500 Euro bei der Umsetzung, »wobei der Zeitraum für 2021 nicht unbedingt festgesetzt ist«, so Prof. König. Die Veranstaltungen oder Ausstellungen können auch online durchgeführt werden. »Es werden auch noch weitere Künstler aufgefordert, Konzepte einzureichen. Die Ausschußmitglieder werden darüber fortlaufend informiert«, versicherte der Dezernent.

Herausgegeben von:  
 Sablowski / Dellheim / Demirovic / Pühl / Solty  
**Auf den Schultern von Karl Marx**  
[www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/sonst\\_publicationen/Auf-den-Schultern-von-Karl-Marx\\_Dampfboot.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Auf-den-Schultern-von-Karl-Marx_Dampfboot.pdf)  
 556 Seiten als PDF (kostenlos)

Alternative für den »alternativen Neujahrsempfang«:

**Spenden für die Bernauer Tafel**



**Bernau (dl).** DIE LINKE.Bernau hat dieses Jahr auf ihren »alternativen Neujahrsempfang« Corona-bedingt verzichtet, stattdessen zu einer Spendenaktion für die Bernauer Tafel aufgerufen. »Wir sind überwältigt von der hohen Spendenbereitschaft«, so Stadtvorstandsmitglied Jutta Helbig. »Für uns ist dies ein gutes Zeichen, daß Solidarität weiterhin etwas zählt in unserer Gesellschaft und speziell auch Bernau, ganz besonders in diesen Corona-Zeiten. Wir danken allen Spenderinnen und Spendern. Bitte unterstützen Sie, wenn es Ihnen möglich ist, auch zukünftig die Tafel und andere soziale Einrichtungen. Auch möchten wir allen Helferinnen und Helfern der Tafel Bernau und den anderen sozialen Einrichtungen herzlich danken für ihr unermüdliches Engagement. Wir als LINKE wollen eigentlich eine Gesellschaft, in der alle ein vernünftiges Auskommen haben und die Tafel überflüssig ist.«

Martin Günther, ebenfalls Mitglied im Stadtvorstand und stellvertretender Landesvorsitzender der LINKEN.Brandenburg ergänzte: »Wir wissen, daß trotz der überwältigenden Teilnahme an unserer Spendenaktion, diese nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist. Wir brauchen eine grundsätzliche andere Politik, die Armut in unserer reichen Gesellschaft nicht zuläßt.«

Deshalb unterstützt die Bernauer Linkspartei selbstverständlich auch den jüngsten Aufruf von Sozialverbänden und Gewerkschaften. Darin wird unter anderem für Bezieherinnen und Bezieher von Hartz IV und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung eine bedarfsgerechte Anhebung der Regelsätze auf mindestens 600 Euro gefordert. Darüber hinaus soll dieser Personenkreis für die Dauer der Pandemie einen pauschalen Mehrbedarfszuschlag von 100 Euro erhalten.

Die Pandemie bietet zudem die Möglichkeit, den Notstand zu üben. Keine Frage, Covid-19 ist eine gefährliche Krankheit. Keine Frage, die Reduzierung von Kontakten, das Tragen von Masken ist richtig. Aber auffällig ist doch, daß der Reproduktionsbereich, also Freizeit, Erholung, Kultur und so weiter, erheblich eingeschränkt wird, während der Produktionsbereich kaum betroffen ist, genauso wenig wie der Nahverkehr, der die Menschen zur Arbeit bringt. Und auch die Tatsache, daß der Schulbetrieb mit überfüllten Klassen weitergeht (Stand November 2020 – bbp), entspringt kaum dem Willen, Kindern und Jugendlichen eine kontinuierliche Bildung zu vermitteln, sondern eher dem Problem, daß die Eltern andernfalls ihrer Lohnarbeit nicht nachgehen könnten. Deswegen ist das Handeln der Herrschenden so widersprüchlich.

Das Klasseninteresse spielt im Massenbewußtsein kaum eine Rolle. Und so führen tatsächliche Widersprüche zu falschen Theorien. Berechtigte Fragen, wer denn an den Impfstoffen verdient, führen dann zur Ablehnung der Impfung oder zu wilden Theorien über Bill Gates. Die berechtigten Zweifel an der völlig selbstlosen Tat der Gates-Stiftung bringen eine

**Den Notstand proben**

**Die Covid-19-Pandemie gab Gelegenheit, ökonomische Ressourcen für die Bewältigung der kapitalistischen Krise und seine Hochrüstungsprogramme zu mobilisieren. Die Kosten werden auf die Werktätigen abgewälzt. (vgl. BBP 12-1/2020-21)**

mit Wahnvorstellungen ausgestattete Fokussierung auf den Kapitalisten Bill Gates mit sich anstatt auf den Kapitalismus als System. Die richtige Erkenntnis, daß der Staat in der Pandemie einen willkommenen Vorwand für Notstandsübungen gefunden hat, weiß und will nichts wissen von den wahren Herrschaftsverhältnissen. Merkel und der Virologe Christian Drosten sollen ins Gefängnis, vom Monopolkapital ist dagegen nie die Rede.

Falsches Bewußtsein und reaktionärer Staatsumbau stehen in einem Zusammenhang, die Medien tragen ihren gehörigen Anteil, den Unfug in die Köpfe zu bringen. Selbst bei Wikipedia steht die Verbreitung des Privatfernsehens im Zusammenhang mit der »geistig-moralischen Wende«, die Helmut Kohl zu Beginn seiner Kanzlerschaft 1982 ausgerufen hat.

Sicher, schon die Presse befand sich bereits kurz nach der Befreiung vom Faschismus wieder in den Händen des Großkapitals, doch die Einführung des Privatfernsehens war eine Zä-

sur. Sie führte dazu, daß es im bürgerlichen Medienapparat kaum noch möglich ist, Dinge kritisch zu hinterfragen, daß sich Journalisten entweder selbst anpassen oder aufgrund des Drucks gar nicht mehr in der Lage sind, gründlich zu recherchieren.

Diese Tendenzen zur »Gleichschaltung« sind auch in Bildung und Kultur zu erkennen. Die ideologieproduzierenden Apparate haben an Bedeutung gewonnen. Aber um vom Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital abzulenken, wird vieles in Kauf genommen, selbst die Infragestellung dieser ideologieproduzierenden Apparate. Solange jemand »Lügenpresse« ruft und dann AfD wählt, ist er für das Monopolkapital mitnichten verloren.

PATRIK KÖBELE

Aus einem Vortrag zum Thema »Reaktionärer Staatsumbau?! – Anforderungen an Strategie und Taktik – Bundestagswahlen 2021«, den Patrik Köbele auf der Tagung des DKP-Parteivorstandes vom 28. und 29. November 2020 in Essen hielt.



## Pfannkuchen statt Corona-Prämie

Brief an den Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski

Der Betriebsrat des Werner Forßmann Krankenhauses möchte sich im Namen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die 750 Pfannkuchen als Neujahrsgruß und Anerkennung unserer Arbeit bedanken.

Leider müssen wir zum wiederholten Male feststellen, daß Politiker, die gleichzeitig auch Aufsichtsratsmitglieder der GLG sind, nur im Werner Forßmann Krankenhaus Präsenz zeigen, wenn es darum geht, sich medienwirksam im positiven Licht darzustellen.

Allerdings haben wir sehr wohlwollend zur Kenntnis genommen, daß Sie, Herr Boginski, »auch in diesem Jahr als Aufsichtsratsmitglied der GLG für die Interessen der Belegschaft eintreten

werden«. An dieser Stelle möchten wir gerne einhaken und Ihnen ein wirklich wichtiges Interesse der Belegschaft mitteilen.

Alle Mitarbeiter des Werner Forßmann Krankenhauses können es nicht nachvollziehen, daß Angestellte vieler Unternehmen und auch öffentlicher Einrichtungen eine Corona Prämie erhalten haben, aber die, die tagtäglich 24 Stunden sieben Tage die Woche mit den medizinischen und organisatorischen Auswirkungen der Pandemie zu tun haben, nicht in den Genuß einer solchen kommen.

Wir als Betriebsrat des Werner Forßmann Krankenhauses sehen es als ein überaus berechtigtes Interesse unserer gesamten Beleg-

schaft an, eine Forderung nach einer Corona Prämie aufzumachen und tragen dieses hiermit an Sie heran.

Zuguterletzt möchten wir von Ihnen natürlich wissen, wie und in welcher Form Sie sich konkret für dieses schwerwiegende Interesse unserer Mitarbeiter einsetzen werden!?

Wir erwarten Ihre Antwort und stehen Ihnen jederzeit, gerne auch persönlich, für ein Gespräch zur Verfügung.

URSULA KREGEL (Betriebsratsvorsitzende),  
BIRGIT MIELKE (1. Stellvertreterin) und  
SVEN WIENKE (2. Stellvertreter)

## Ein Zeichen des Miteinanders

Wichtel-Geschenke bescherten einsamen Senioren ein ganz besonderes Weihnachtsfest

**Gerade für die ältere Generation wollten die Bürger der hiesigen Region auch in diesem Jahr ein klares Zeichen setzen. Damit nicht viele ältere Menschen die Weihnachtsfeiertage allein verbringen müssen, riefen die Alloheim Senioren-Residenzen bundesweit bereits zum neunten Mal zur Aktion »Wichteln gegen die Einsamkeit« auf. Der Zuspruch und die Beteiligung der Bevölkerung war mehr als beeindruckend.**

Es ist so großartig, wie viele liebevoll gestaltete Wichtelgeschenke ihren Weg in unsere Senioren-Residenz fanden. Unserem Aufruf, alleinlebenden älteren Menschen ohne Angehörige am Heiligen Abend eine Freude zu bereiten, folgten viele Bürger und brachten Geschenke in die Alloheim Residenz, die dann pünktlich zum Weihnachtsfest an die entsprechenden Seniorinnen und Senioren verteilt wurden. Während die meisten Menschen die Weihnachtsfeiertage gemeinsam mit ihren Familien oder Freunden verbringen können, haben Senioren oftmals gar keine Angehörigen mehr. So verbringen sie Weihnachten fast immer einsam und allein.

Unter den Corona-bedingten Auflagen betraf das in diesem Jahr noch deutlich mehr Menschen. Um ihre älteren Angehörigen zu schützen, verzichteten viele Familien auf ein gemeinsames Fest. Mit unserem »Wichteln« und der großen Beteiligung aller Bürger haben wir gemeinsam einen Teil dazu beitragen können, diesen Senioren ein schönes Fest zu beschern. Seit dem 1. Advent hatten die Alloheim-Einrichtungen Bürger, Unternehmen und Vereine aufgerufen, kleine Präsente zusammenzustellen, Selbstgebackenes oder Gebasteltes in den Residenzen abzugeben (BBP 12/20-1/21). Die Wichtelgeschenke wurden dann zu Weihnachten an die alleinlebenden Senioren verteilt.

Unsere »Wichtel« haben bei dieser Aktion ein wirklich großes Herz bewiesen. Teilweise noch bis zum 24. Dezember hatten Bürger ihre Wichtelgeschenke persönlich in der Einrichtung abgegeben. Phantasievolle Basteleien, Gutscheine, Bücher oder altersgerechte Aufmerksamkeiten, allesamt sehr liebevoll ver-



FOTO: ALLOHEIM

packt, wurden in der Residenz gesammelt und unter Einhaltung aller geltenden Hygienevorschriften schließlich einzeln übergeben.

Im Namen aller Beschenkten möchten wir uns von Herzen bei allen Bürgern, Vereinen und Unternehmen bedanken, die unserem Spendenauftrag gefolgt sind und dieses gemeinsame Zeichen des Miteinanders gesetzt haben. Nächstenliebe und Menschlichkeit in anonymer Wichtelmanier – das ist nicht alltäglich und schon mehr als eine Besonderheit.

Die Wichtelaktion soll auch im kommenden Jahr wieder durchgeführt werden. Weihnachten ist die Zeit des Miteinanders. Gemeinsam wollen wir auch 2021 zeigen, daß wir eine großartige Gemeinschaft bilden und füreinander da sind.

SAMUEL WIEDEBUSCH,

»Haus am Werbellinsee« ([www.alloheim.de](http://www.alloheim.de))

## Maskenball

*In Deutschland ist jetzt Maskenball.  
Wozu braucht's noch den Karneval?  
FFP2 heißt nun das Zauberwort.  
Die anderen schmeißt alle fort!*

*Die sollten früher schützen  
Und taten zu nichts nützen.  
Früher Pflicht, heute verboten.  
Waren im Recht die »Covidioten«?*

*Alte Maske, löchriger Schal  
Durchdringt das Virus ohne Qual.  
Sogar Herr Söder hat's erkannt  
Und Löchriges verbannt.*

*Darum Leute, seid nicht dumm,  
Bindet neue Masken um!  
Ihr erlebt dann Maskenball  
Und das nicht nur im Karneval.*

RAINER KROBOTH

## Theater und Repression

Warum, weshalb und wieso wird derzeit so ein Theater gespielt? Noch nie wurde die Bevölkerung solchen Maßnahmen und Verboten unterworfen. Fast jeden Tag gibt es neue, sich zum Teil widersprechende Meldungen und Anweisungen. Das schürt Verwirrung und Angst. Die Verwirrungen um das Impferum schüren nicht zuletzt Ängste, daß gerade ältere Menschen als Versuchsprobanden dienen.

Verbote sind aktuell das Nonplusultra. Nachts nicht rausgehen, Alkoholverbot im öffentlichen Raum, willkürliche Maskenpflicht. Die Polizei und andere Personen, die sich Ordnungshüter nennen, dürfen angebliche Vergehen mit 50 bis 300 Euro bestrafen. Das kann ich nicht begreifen und verstehen.

Vielleicht liegt es aber auch an dem System, das uns Karl Eduard von Schnitzler immer versuchte in seinem »Schwarzen Kanal« zu erklären. Es war wohl doch nicht alles erfundene Propaganda. Jetzt erfahren es alle, die es zu DDR-Zeiten nicht glauben wollten.

Wer mehr wissen will, kann zu mir kommen. Ich habe in der DDR gelebt und kann beide Systeme gut vergleichen.

NORBERT GLASKE

## Ganzheitliche Ernährung (4)

Heute möchte ich Ihnen einen weiteren wichtigen Baustein für unseren menschlichen Körper vorstellen: die sekundären Pflanzenstoffe. Die Pflanzen bilden diese Stoffe als Schutz vor Freßfeinden oder um ganz gezielt Bestäuber anzulocken oder um sich besser an einen bestimmten Lebensraum anpassen zu können, z.B. als Sonnenschutzmittel. Sekundäre Pflanzenstoffe nehmen einen Einfluß auf die Farbe und den Geschmack einer Pflanze.

In den letzten Jahren wurden sekundäre Pflanzenstoffe immer häufiger untersucht. Nach dem derzeitigen Kenntnisstand sind sekundäre Pflanzenstoffe nicht essentiell für den Menschen, müssen also nicht zwingend aufgenommen werden. Allerdings wurden sekundäre Pflanzenstoffe als wesentlicher Wirkstoff für die gesundheitlichen Effekte in Gemüse und Obst identifiziert. Neueste Erkenntnisse deuten darauf hin, daß sie einen Ansatz in der Therapie vieler chronischer Krankheiten bieten können. So schützen sie möglicherweise vor verschiedenen Krebsarten. Erkenntnisse deuten darauf hin, daß sekundäre Pflanzenstoffe entzündungshemmend, Blutdruck regulierend, Cholesterin senkend und Blutzucker stabilisierend sind. Weiterhin weisen sie eine immunmodulierende Wirkung auf, d.h. sie üben einen positiven Effekt auf die körpereigene Immunabwehr aus. Auch eine antimikrobielle Wirkung wird den sekundären Pflanzenstoffen zugeschrieben, das heißt, sie unterbinden das Wachstum oder die Ausbreitung von Krankheitserregern wie Bakterien, Viren und Pilzen.

Ernährungsgesellschaften empfehlen eine gesunde und ausgewogene Ernährungsweise, um den Körper mit ausreichend sekundären Pflanzenstoffen zu versorgen. Sekundäre Pflanzenstoffe finden sich vor allem in Vollkornprodukten, Gemüse, Obst, Hülsenfrüchten und Nüssen, aber auch in Senf oder Kakao oder fermentierten Lebensmitteln wie Sauerkraut. Auch Gewürze wie Kurkuma, Ingwer und Safran enthalten sekundäre Pflanzenstoffe. Die derzeitige Studienlage belegt, daß vermehrter Konsum von pflanzlichen Nahrungsmitteln gesundheitlich präventiv wirkt. Vegetarier und Veganer sind hier also im Vorteil.

Untersuchungen belegen, daß jeder Mensch mit einer ausgewogenen Ernährungsweise im Mittel ca. 1,5 Gramm sekundäre Pflanzenstoffe pro Tag zu sich nimmt. Dies erscheint allerdings deutlich zu wenig zu sein. Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung empfiehlt täglich 3 Portionen Gemüse (ca. 400 Gramm) und 2 Portionen Obst (ca. 250 Gramm) zu essen, dies ergibt dann ca. 2,5 Gramm sekundäre Pflanzenstoffe pro Tag. Somit ergibt sich bei vielen Menschen ein Defizit von 1 Gramm pro Tag. Eine Zufuhr von einzelnen sekundären Pflanzenstoffen in Form von Nahrungsergänzungsmitteln kann nachzeitigem Stand nicht empfohlen werden, da dies zu einer gefährlichen Überdosierung führen könnte.

FALK HINNEBERG ([www.hinneberg.info](http://www.hinneberg.info))

# Die Digitalisierung

Haben Sie schon einmal auf der Post eine Briefmarke gekauft? Bei der DPAG funktioniert das wie folgt: Man sagt beispielsweise: »Eine 80 Cent Briefmarke bitte!« Die Frau am Stehtisch trennt daraufhin eine 80 ct Briefmarke aus einem Zehnerbogen, greift zum Handscanner, scannt einen von mehreren Strichcodes auf einer Pappkarte, und sagt dann »80 Cent bitte!« und man reicht eine Münze oder einen Geldschein rüber. Die Frau am Stehtisch gibt nun den gegebenen Betrag in die Tastatur ihres Computers ein. Der Computer berechnet anschließend das Wechselgeld und unterbreitet Vorschläge für die Stückelung. Nachdem die Frau am Stehtisch sich für einen dieser Vorschläge entschieden hat, gibt sie diese Entscheidung über die Tastatur in den Computer ein. Anschließend öffnet sich die Kasse, die übergebene Münze oder der Geldschein wird eingelegt, und nach Schließen der Kasse wirft ein Automat das Wechselgeld in der angeforderten Stückelung aus, was dann dem Kunden übergeben wird. Durch eine weitere Tastatureingabe wird nun noch über einen Thermo drucker eine Quittung ausgegeben, denn schließlich herrscht Bonpflicht.

Bei der Deutschen Post lief der Verkaufsvorgang ohne Digitalisierung wie folgt ab: Der Kunde sagte: »Eine 20-Pfennig-Briefmarke bitte!« Die Frau hinter dem Schalter trennte eine 20-Pfg.-Briefmarke aus dem Schalterbogen und sagte: »20 Pfennige bitte!«. Der Kunde schob ein 50-Pfennigstück rüber und zusammen mit dem Wechselgeld wurde die Briefmarke dem Kunden übergeben. Mit anderen Preisen und Münzen funktionierte das bei der Deutschen Bundespost genauso.

Wenn die DPAG eine Produktkalkulation vornehmen würde, wäre vielleicht der Aufwand, der beim Verkauf einer Briefmarke am Stehtisch entsteht, größer als der Gewinn, den die DPAG beim Verkauf einer Briefmarke erzielt. Das wäre dann das so genannte Minusgeschäft, aber die Ausgabe von kostenlosen Briefmarken ist bei der DPAG nicht zu erwarten.

Betrachten wir eine andere Alltagssituation. Man möchte leergetrunkene Pfandflaschen zurückgeben. Ohne Automaten ging das wie folgt: Eine Billigarbeitskraft zählte die Flaschen und rechnete dann den Pfandbetrag mit oder ohne Taschenrechner aus. Man erhielt sofort Bargeld oder einen Kassenbon. Heute mit Digitalisierung gebe ich beispielsweise 15 Flaschen einzeln nacheinander in den Rücknahmeautomaten. Wenn ich Glück habe, werden alle 15 Flaschen akzeptiert, wenn nicht, muß ich zu einer anderen Verkaufsstelle wechseln, deren Automat eventuell diese Flaschen verarbeitet. Länger dauert es auf jeden Fall.

Eine Steigerung dieser digitalen Ärgernisse erlebt man, wenn man bei der Deutschen Bahn eine Fahrkarte erwerben will. Einen brauchbaren Service gibt es bei dieser Firma nicht. Man muß ein Ticket, so heißt die Fahrkarte, über

den Computer anfordern. Dabei werden auch noch persönliche Daten abgefragt, einschließlich einer Handynummer. Sollte nun der Anfordernde nicht mit dem Bestellsystem auf einem Computer vertraut sein, so ist es sinnvoll, eine befreundete Person mit dieser Aufgabe zu beauftragen. Auch diese Person muß dann persönliche Daten einschließlich Handynummer hinterlegen. Das dient dem Zweck, daß nach angetretener Reise im Störfall, der keinesfalls selten ist, in regelmäßigen Abständen ein Roboter das Handy anruft, um über die Unregelmäßigkeiten im aktuellen Betriebsablauf zu informieren. Das ist dann der Service der Deutschen Bahn, denn das Telefonat durch den Roboter ist kostenlos.

Merken Sie die Gemeinsamkeiten dieser Beispiele? Richtig, wir haben es hier mehrfach mit betreutem Denken zu tun. Ein Computer fordert von uns, eine Befehlsabfolge abzuarbeiten. Das eigene Denken und Wissen sind weitestgehend ausgeschaltet. Das ist das Ziel der Digitalisierung! Um nicht mißverstanden zu werden, die Digitalisierung schafft enorme Produktivitätssteigerungen und auch angenehme Bequemlichkeiten in der materiellen Produktion. Ich möchte darauf nicht verzichten.

Aber analysieren wir die drei typischen Beispiele für die Digitalisierung im öffentlichen Leben etwas genauer. Es gibt eine weitere Gemeinsamkeit. In allen Beispielen muß der Kunde Aufgaben wahrnehmen, die ohne Digitalisierung der Verkäufer zu erfüllen hatte. Er hat keine andere Wahl, als das zu machen, und wird dafür vom Verkäufer, obwohl ihm der die kostbare Zeit stiehlt, nichtmal belohnt.

Man kann nun noch argumentieren, beim Beispiel mit dem Kauf einer Briefmarke und beim Fahrkartenverkauf durch die Deutsche Bahn hat nun der Kunde die Möglichkeit, es online abzuwickeln. Aber wie hoch ist dann der Aufwand? In beiden Fällen wird vorausgesetzt, daß ein Computer angeschafft wurde. Die Anschaffungskosten müßten dann anteilmäßig auf den Preis der gewünschten Ware zugeschlagen werden. Weiterhin entstehen dem Kunden weitere Kosten durch Installieren der notwendigen Software, des Druckers, sowie dem Spezialpapier und auch noch Stromkosten. Dann kommt noch das Problem hinzu, das Computerchinesisch und die untauglichen Bedienungsanleitungen zu verstehen.

Kritisch wird die ganze Sache dann noch, wenn es Betriebsstörungen gibt. Das kann durch bisher unbekannte Softwarefehler, durch Bedienfehler, zufällige Fehler, Stromausfall oder durch überlastete Leitungen geschehen.

Ob nun die Digitalisierung im öffentlichen Leben und in der Bürokratie für den Bürger von Nutzen ist, muß bezweifelt werden. Trotzdem verhalten sich Politiker in der BRD wie Unsinnsprediger, die ständig mehr Digitalisierung fordern, denn sie wissen nicht, was sie tun.

REINER SCHREIBER-SCHIEFERDECKER



## Gemeindevertreter ausgetrickst

### Offener Brief an den Bürgermeister der Gemeinde Schorfheide

**In der Bauausschußsitzung vom 26. Januar tauchte sozusagen über Nacht eine Beschlußvorlage auf. Die Ausschußmitglieder wurden mit dem fadenscheinigen Argument, daß sonst Fördermittel verloren gingen, zu einer Abstimmung gedrängt, deren Bedeutung für sie, insbesondere in ihrer Auswirkung für die betroffenen Bürger, im Moment der Überraschung kaum erfaßt werden konnte.**

Worum geht's: Es sollen Planungsleistungen für die Dorfstraße in Klandorf in Höhe von ca. 100 000 Euro beauftragt werden, die auf einen Neubau der Straße mit Kosten in Höhe von etwa 1,2 Millionen Euro gerichtet sind.

Worin liegt die Bedeutung für die betroffenen Bürger: Seit nun schon 7 Jahren wird um die Dorfstraße in Klandorf gerungen. Ihr Vorgänger im Amt überraschte die Dorfbevölkerung einst mit der Feststellung, die Lebensdauer der Straße sei abgelaufen und aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht ein Neubau nötig.

Es hat viel Einsatz gebraucht, u.a. drei Unterschriftensammlungen, die Wortmeldungen etlicher Unterstützer, darunter auch des »Gründers« des Biosphärenreservates Schorfheide, Prof. Dr. MICHAEL SUCCOW, bevor auch die Gemeindeverwaltung den Stimmen der Menschen endlich Gehör schenkte. In der schließlich durch die Gemeinde durchgeführten Befragung der Anwohner sprachen sich 66 Prozent der Befragten gegen den Neubau aus.

Wie hoch die Wellen damals schlugen, wird auch durch den Umstand deutlich, daß es danach zu einer Mediation unter Prof. Dr. JÜRGEN PETERS von der Hochschule für nachhaltige Entwicklung in Eberswalde kam, in der auch manches Mitglied Ihres Bündnis Schorfheide nachdenklich wurde. Es ging den Anliegern nicht darum, wie immer wieder von Herrn SCHOKNECHT kolportiert, sich um die Anliegerbeiträge zu drücken. Ihr Widerstand zielte auf die Bewahrung von kultureller Eigenheit und ein ganzheitliches Konzept für die Dorfentwicklung. Und auch die Finanzen der Gemeinde hätten profitiert. Schon sehr früh hatten Mitglieder der Bürgerbewegung eine Zusage der damaligen Leiterin der Unteren Naturschutzbehörde erhalten, daß die Reparatur der Pflasterstraßen im Ort gefördert werden könne. Ebenso waren Gespräche zur Förderung der Dorfgestaltung aus Mitteln des Europäischen LEADER Programms auf einem guten Weg, bis sie durch den Bürgermeister blockiert wurden.

In der nachfolgenden Abstimmung in der Gemeindevertretung reichte dem Bürgermeister seine absolute Mehrheit im Gremium nicht aus, um seine unverändert harte Haltung

durchzusetzen. Es kam zu einem Kompromiß, in dem lediglich die Ertüchtigung der Regenentwässerung der Dorfstraße beschlossen wurde, ein Kompromiß, der auch den Beginn eines Prozesses der Heilung ermöglichte, die aufgerissenen Gräben im Dorf langsam wieder zu schließen.

Diesen Kompromiß, Herr WESTERKAMP, haben Sie mit Ihrer aktuellen Beschlußvorlage zur Vergabe von Planungsleistungen zum Neubau der Dorfstraße aufgekündigt, ohne daß dem eine Willensbildung im Ort noch in der Gemeindevertretung vorausging. **Hier werden demokratische Prozesse ausgehebelt.** Das wird an vielen Punkten deutlich.

Warum war der Tagesordnungspunkt nicht aussagekräftig formuliert, warum die Beschlußvorlage erst wenige Stunden vor Beginn der Sitzung ins Netz gestellt? In Klandorf wußte niemand, daß am 26. Januar für den Ortsteil wichtige Dinge in der Bauausschußsitzung besprochen und entschieden werden. Warum wurde nicht der Ortsbeirat informiert und Gelegenheit gegeben, ein Meinungsbild der Dorfbevölkerung zu transportieren? Warum wurden offenbar schon seit Monaten Vorbereitungen zum Neubau der Dorfstraße betrieben (Ausschreibung zu den Planungsleistungen, Fördermittelantrag), ohne daß überhaupt darüber debattiert wurde, ob ein entsprechendes Vorhaben gewollt ist. Wie ist es überhaupt möglich, daß in den Haushalt bereits insgesamt 1,2 Millionen Euro eingestellt sind, ohne daß die Gemeindevertreter überhaupt wissen, wofür diese Mittel vorgesehen sind?

Derlei Vorgehen hat leider in der Gemeinde eine unrühmliche Tradition und dabei nichts Gutes bewirkt. Erinnert sei hier exemplarisch an das Vorgehen des damaligen Bürgermeisters im Falle des Gewerbegebietes Walzwerkstraße. Auch hier wurde die Gemeindeverwaltung tätig (im Ankauf von Grundstücken, mit der Beauftragung von Planungsleistungen), lange bevor in Bauausschuß und Gemeindevertretung überhaupt darüber debattiert wurde. Die Gemeindevertreter durften letztlich zu vollendeten Tatsachen nur noch die Hand heben. Am Ende rächte sich die mangelnde öffentli-

che Diskussion und Willensbildung bitter, denn man hatte gegen den Raumordnungsplan des Landes und berechtigten Interessen der Stadt Eberswalde verstoßen. Der sich über mehrere Jahre hinziehende Rechtsstreit mit der Stadt Eberswalde vergiftete das nachbarschaftliche Klima, wurde letztendlich verloren und kostete die Gemeinde Unsummen (wieviel genau hat der ehemalige Bürgermeister bis heute nicht offenbart).

Sehr geehrter Herr WESTERKAMP, ich appelliere an Sie: Verschieben Sie die Abstimmung im Hauptausschuß, lassen Sie den Ortsbeirat ein Stimmungsbild in Klandorf einholen und ermöglichen Sie eine Debatte in der Gemeindevertretung. Zerstören Sie nicht das Vertrauen der Bürger in die demokratischen Abläufe der Gemeinde. Respektieren Sie das Abstimmungsergebnis der Anlieger.

Halten Sie sich an die Beschlüsse der Gemeindevertretung und setzen Sie endlich den Beschluß vom 27.09.2017 zur Ertüchtigung der Regenentwässerung in Klandorf um. Im Dorf wird nach mehreren Überschwemmungen dringend darauf gewartet.

Öffnen Sie sich für die Eigenarten unserer Kulturlandschaft. Die Verordnung des Biosphärenreservates Schorfheide-Chorin nennt als Gebot ausdrücklich: »... Pflasterstraßen und die sie begleitenden Sommerwege sind zu erhalten und zu unterhalten«. Bedienen Sie sich mit der Namensgebung Ihrer Wählergemeinschaft (»Bündnis Schorfheide«) nicht nur der Strahlkraft des Biosphärenreservates, sondern stehen Sie auch ein für die Werte, für die es eingerichtet wurde. *KURT OPPERMANN, Einwohner von Klandorf und Mitglied BVB Freie Wähler*

## GWÖ-Perspektiven

**Eberswalde (bbp).** Die Eberswalder Initiative für Gemeinwohlökonomie hatte sich im Dezember per Online-Abstimmung zur REGIONALGRUPPE EBERSWALDE-BARNIM konstituiert. Der Anspruch, barnimweit zu agieren ist allerdings momentan noch nicht personell unteretzt. Gerade für Neugründungen wie der GWÖ-Initiative wirkt der Corona-Lockdown sehr hemmend. Bestehende Kommunikationsstrukturen können ohne weiteres auch per Online-Konferenzen fortgeführt werden. Für neue Strukturen ergeben sich Grenzen, weil das persönliche Kennenlernen fehlt.

ISABELLA KRAUSE und EDUARD FISCHER fühlen ihre Aufgabe als Koordinatoren der Regionalgruppe Eberswalde-Barnim trotz der pandemiebedingten Einschränkungen mit großem Enthusiasmus aus. Im Januar beteiligte sich die GWÖ-Initiative an der virtuellen Wir-habensatt-Demo, indem die Mitglieder der Initiative ihren ökologischen Fußabdruck mit GWÖ-Logo versehen an die Veranstalter übersandten. Beim nächsten Online-Treffen am 2. Februar, einem Workshop zum Thema »Perspektiven«, wollen die Eberswalder GWÖler ihren inhaltlichen Rahmen konkreter abstecken.

Vor 70 Jahren war es: Ich zählte gerade 18 Lenze, als sich im Sommer 1951 die Jugend der Welt im Berliner Osten zu ihren III. Weltfestspielen versammelte. Noch waren die Wunden des furchtbaren 2. Weltkrieges nicht verheilt. Die Mädchen und Jungen, etwa gleichen Alters wie ich, versammelten sich, um bei Sport und Spiel, Gesang und in vielsprachiger Kommunikation zu bekunden, eine neue friedliche Welt aufzubauen. In unvergeßlichen Stunden, Tagen und Wochen war uns Berlin, die gerade erst im Wiederaufbau befindlichen junge Hauptstadt der DDR, freundlicher Gastgeber. Blauhemden und Fahnen mit der aufgehenden Sonne im goldenen Strahlenkranz vor lichtblauem Himmel bestimmten das Stadtbild auf allen Straßen östlich der Sektorengrenzen. Unser junger Staat hatte es sich nicht nehmen lassen, ein riesiges neues Stadion zur Durchführung sportlicher und kultureller Großveranstaltungen zu errichten, eines der drei größten in Berlin, das »Walter-Ulbricht-Stadion«<sup>1</sup>.

Das Stadion befand sich nahe der Grenze zu den Westsektoren. Von dort schallte aus Lautsprechern die heuchlerische Einladung des Westberliner Oberbürgermeisters Otto Reuter zum Besuch seines Machtbereiches herüber. Er dachte wohl, es käme eine Absage? Irrtum! An einem sonnigen Augusttag zog eine große Kolonne von Blauhemden über die Brücke, die nach Gesundbrunnen, dem zu Westberlin gehörenden Stadtteil führte. Die Falle war schon vorbereitet. Aus den Nebenstraßen fielen die »Stupos«, wie die nach dem Westberliner Polizeichef Stumm bezeichnete Polizei genannt wurde, über die fröhlich singenden und tanzenden FDJ-ler her und schlugen sie nach dem Kommando »Knüppel frei« zusammen. Ich durfte mit weiteren Helfern die blutig zusammen geschlagenen, flüchtenden Mädchen und Jungen auf der Ostseite der Brücke empfangen und erste Hilfe leisten. Die Medien der Welt berichteten mehrere Tage über das schauerliche Vorkommnis, den Überfall der eingübten Polizeieinheiten auf friedfertige, gutgläubige junge Demonstranten, sechs Jahre nach dem faschistischen Krieg!

70 Jahre später fand am 10. Januar 2021 anlässlich des 102. Jahrestages der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht eine genehmigte Demo zur Gedenkstätte der Sozialisten statt. In dem langen Zug von rund 3000 Teilnehmern hatte sich eine kleine Gruppe junger Leute mit übergezogenen Blauhemden und den Fahnen der Freien Deutschen Jugend (FDJ)<sup>2</sup> aufgestellt, ruhig und mit dem Ernst der Situation entsprechend maskierten Gesichtern. Die FDJ-Mitglieder fanden es begründet, in ihrem Äußeren ihre Nähe zu den

## Schaut auf diese Stadt!

von Helmut Braunschweig

**In einem langen Leben begegnet man Ereignissen, die es besser nicht geben sollte. Eine solche Begebenheit war bedauerlicherweise die Polizeiaktion zu Beginn der Demonstration zu Ehren von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 10. Januar am Frankfurter Tor in Berlin. Es war nicht das erste Mal.**

beiden Arbeiterführern zu zeigen. Das paßte den aufgerückten martialisch aussehenden, mit schwerer Schutzbekleidung ausgerüsteten Beleitmannschaften der Polizei nicht. Auf Kommando drängten die gedungenen »Beamten«, Gewalttätigkeit nicht auslassend, die Blauhemden mit ihren Fahnenträgern auf eine unzulässige Dichte zusammen, zwangen sie, die blauen Blusen auszuziehen und entrissen ihnen die Fahnen. Eine ganze Stunde zog sich diese Drangsalierung in die Länge. Jegliche Gesetzlichkeit wurde durch die »Gesetzeshüter« außer Acht gelassen. Schmerzgriffe und Fußtritte dienten als Folter gegen die friedfertigen Demonstranten. Bleibt abzuwarten, wie die Übergriffe geahndet werden.

Zur gleichen Zeit nahm sich eine Handvoll Eberswalder Kommunisten das Recht, am OdF-Denkmal auf dem Karl-Marx-Platz in Eberswalde mit einem Rosen- und Nelkenstrauß den beiden Arbeiterführern die Ehre des Gedenkens zuteil werden zu lassen. Gesicht und Flagge zu zeigen ist uns wichtig, um trotz aller mißlichen Umstände dem Rummel um die Bedrohung der sogenannten Wertegemeinschaft zur Begründung der Militarisierung Deutschlands entschieden entgegenzuwirken.

Anmerkungen (bbp):

1 – Das »Walter-Ulbricht-Stadion« wurde am 20. Mai 1950 eine Woche vor dem ersten Deutschlandtreffen der Jugend eröffnet. Mit 70.000 Plätzen war es das größte Sportstadion in der DDR-Hauptstadt. Vor den X. Weltfestspielen 1973 wurde das Stadion umgebaut. Es entstanden Sitzplätze, wodurch sich die Kapazität auf 50.000 verringerte. Nach der Neueröffnung trug es den Namen »Stadion der Weltjugend«. Nach dem Beitritt der DDR zur BRD wurde das Stadion 1992 abgerissen – weil die Bestuhlung marode gewesen sein soll. Von 2006 bis 2018 errichtete der Bundesnachrichtendienst auf dem Gelände für 1,1 Milliarden Euro seine neue Zentrale, die am 8. Februar 2019 (79. Jahrestag des MfS) offiziell eröffnet wurde.

2 – Die Freie Deutsche Jugend (FDJ) entstand zunächst in Frankreich (1936), in der Tschechoslowakei (1938) und in Großbritannien (1939). Nach der deutschen Besetzung mußten die FDJ-Mitglieder aus der Tschechoslowakei und Frankreich fliehen. In Großbritannien gründeten sich in 23 Städten Gruppen der FDJ mit rund 600 Mitgliedern. Die meisten kehrten nach dem Krieg nach Deutschland zurück, so daß die britische FDJ im Sommer 1946 ihre Tätigkeit einstellte. Nach der Befreiung bildeten sich im Sommer 1945 in der sowjetischen Besat-



Foto: DKP-EBERSWALDE

Die DKP-Grundorganisation Eberswalde ehrte Rosa und Karl wegen »Corona« am 10. Januar in kleinem Kreis am VN-Denkmal auf dem Karl-Marx-Platz in Eberswalde.

zungszone erste antifaschistische Jugendausschüsse (Antifa-Jugend). Auch in den Westzonen bildeten sich Gruppen, zum Teil als FDJ. Daraus ging am 7. März 1946 die überparteiliche und antifaschistische Jugendorganisation »Freie Deutsche Jugend« hervor. Der gesamtdeutsche Anspruch blieb zunächst auch nach der deutschen Teilung, die sich im September 1949 mit der Gründung der BRD in den drei Westzonen manifestierte, bestehen. Faktisch entstanden aber mit der staatlichen Teilung auch zwei getrennte Jugendorganisationen. Die West-FDJ wurde 1951 wegen ihrer Volksinitiative gegen die Wiederbewaffnung in der BRD als verfassungsfeindlich verboten. Dieses FDJ-Verbot von 1951 in der BRD diente der Berliner Polizei als formale Grundlage für ihr Vorgehen gegen das Zeigen von FDJ-Symbolen. Allerdings handelt es sich bei der heutigen FDJ nicht um eine »Nachfolgeorganisation« der verbotenen West-FDJ, sondern um die fortbestehende Jugendorganisation der DDR, auch wenn die Mitgliederzahlen nach 1990 von einst 2,3 Millionen bis zur Jahrtausendwende auf mehrere Hundert zurückging. Aber die FDJ gibt es noch und sie ist aktiv. Und sie ist nicht verboten.

**Neuzugang im Museum Eberswalde (prest-ew):** Im vorigen Jahr erreichte das Museum Eberswalde eine Anfrage eines New Yorker Antiquariats. Die Einrichtung besitze eine signierte Bleistiftzeichnung des Klosters Chorin aus dem Jahre 1835 und biete dem Museum an, die kleine Grafik käuflich zu erwerben. Der Bestand des Museums Eberswalde verzeichnet aktuell etwa 15 Ansichten des Klosters Chorin aus den Jahren 1827 bis 1980. Der jeweilige Zustand der Gebäudetrakte und die Veränderung der umliegenden Landschaft können in den verschiedenen Darstellungen, die sich aus unterschiedlichen Perspektiven dem mittelalterlichen Kloster nähern, wunderbar abgelesen werden. Nun erweitert sich der Museumsbestand um eine weitere Ansicht. Die Bleistiftzeichnung aus der Biedermeier-Zeit zeigt das Kloster aus der eher wenig beachteten südöstlichen Himmelsrichtung. Die Bildunterschrift »Die wüste Klosteruine von Chorin, bei Neustadt Eberswalde.« unterstreicht den maroden baulichen Zustand, den das Kloster noch 1835 bot.

## Sport und Marschmusik

Am 22. Januar 2021 trat der UNO-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen in Kraft. Mehr als 50 Staaten haben den Vertrag inzwischen ratifiziert. Die BRD gehört nicht dazu.

In Eberswalde folgte im vergangenen Jahr eine breite Mehrheit der Stadtverordneten dem Vorschlag unserer Fraktion, den Städteappell der Internationalen Kampagne zur Abschaffung der Atomwaffen (ICAN) zu dem Atomwaffenverbotsvertrag zu unterstützen. 75 Jahre, nachdem das Stadtzentrum durch Flugzeuge der faschistischen deutschen Luftwaffe bombardiert und in Schutt und Asche gelegt worden war, trat Eberswalde als 90. Kommune in der BRD dem Städteappell bei.

Wenn die Kriegsministerin Kramp-Knarrenbauer Atomwaffen befürwortet, verwundert das nicht. Wenn die grünennahe Heinrich-Böll-Stiftung eine massive konventionelle Aufrüstung der Bundeswehr, die Modernisierung der auf deutschem Boden stationierten

Atomwaffen und die Beibehaltung der sogenannten »nuklearen Teilhabe« favorisiert, dann entspricht das zwar nicht den Traditionen von Heinrich Böll, der 1983 gegen die Stationierung von Atomraketen in der BRD protestierte, aber schon seit Joschka Fischer sind DIE GRÜNEN Kriegspartei. Und nun gibt es sogar in der Linkspartei Rufer, die deren friedenspolitische Prinzipien über Bord werfen wollen.

Wir bleiben bei unseren Prinzipien und hoffen, daß auch unsere Kollegen, die vor einem Jahr für unseren Vorschlag stimmten, bei ihrer Haltung bleiben.

Wir fordern eine atomwaffenfreie BRD und ein atomwaffenfreies Europa vom Atlantik bis zum Ural. Die Bundeswehr sollte bestehen bleiben, reduziert auf ihre Kernelemente – das Heeresmusikregiment und die Sportförderung.

MIRKO WOLFGRAMM,

Fraktionsvorsitzender Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur in der StVv Eberswalde

## Graffiti-Kunst am Zepernicker S-Bahnhof

Die Graffiti-Schmierereien an der kürzlich renovierten Brückenunterführung am Zepernicker S-Bahnhof sind für viele Bürger ein Ärgernis und mindern die Optik des Ortszentrums deutlich. Die Gemeindevertretung folgte einstimmig dem Antrag von BVB/Freie Wähler, die Wände der Brückenunterführung nun von professionellen Graffitikünstlern gestalten zu lassen. Somit wird ein einmaliges Kunstwerk in unserer Gemeinde entstehen. Wir erachten dies als sinnvolle Maßnahme, da das bloße Entfernen der Schmierereien vermutlich ins Leere laufen würde. In der Sprayerzene ist es üblich, daß hochwertige Motive nicht übersprüht werden.

Insofern der Eigentümer, die Deutsche Bahn AG, einverstanden ist, sollen Künstler mögliche Entwürfe vorlegen und im Rahmen einer zukünftigen Onlineumfrage können Panketaler Bürger über das zu sprühende Motiv entscheiden. Es kann für eines der drei möglichen Motive die Stimme abgegeben werden. Somit wird der Gang durch die Brückenunterführung in Zukunft zu einem Erlebnis.

Desweiteren wird geprüft, ob die Bahndammwand entlang des Fußweges zur Eisenbahnstraße als freies Sprayerprojekt oder Jugendprojekt genutzt werden kann.

CLEMENS HERRMANN,  
BVB/Freie Wähler Panketal

## Schäden durch Sanktionen

**Die Verluste der bundesdeutschen Wirtschaft infolge der seit 2014 gegen Rußland verhängten Sanktionen seien mit 3 bis 5 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung fast zu vernachlässigen, berichtete die Bundesregierung Ende 2020 dem Wirtschafts-ausschuß des Bundestages.**

In absolute Zahlen umgerechnet sind das immerhin zwischen 100 und 175 Milliarden Euro (nach dem BIP 2019), was die Regierung als vernachlässigbar bezeichnet.

Genauere Zahlen lieferte das Münchener Ifo-Institut, beim russischen Import ein Minus von 115 und beim Export ein Minus von 100 Milliarden Euro nennt. In Anteilen gerechnet sind das Rückgänge gegenüber 2014 von 32 bzw. 24 Prozent. Besonderes betroffen davon sind wiederum vor allem die östlichen Bundesländer und hier vor allem die stärker industrialisierten Länder Sachsen und Sachsen-Anhalt. In Sachsen ging der Export nach Rußland beispielsweise laut dem Dresdner Ifo-Instituts gegenüber 2013 um 2 Drittel zurück auf nur noch 1,4 Prozent der Gesamtexporte.

Inzwischen würde auch eine Aufhebung der Sanktionen nicht wieder zum früheren Niveau des Warenaustauschs führen. Denn Rußland hat die Lücken längst geschlossen, sei es durch Importe aus anderen Ländern, insbesondere China, oder durch Importsubstitution. An letzteren sind allerdings durchaus durch Joint Venture auch bisherige Handelspartner beteiligt, die nun die bislang exportierten Güter in Rußland produzieren. Der frühere Warenexport wurde hier also durch Kapitalexport ersetzt.

Das postulierte Ziel der Sanktionen, die Rückgabe der Krim von Rußland an die Ukraine, das war eigentlich von vornherein klar, wurde jedenfalls nicht erreicht. G.M.

Quelle und Ini: Reinhard Lauterbach, »Stocken-der Handel« in JW, 15.12.2020, S. 9

## Der Staatspräsident

Vor 145 Jahren, am 3. Januar 1876 wurde Wilhelm Pieck, der erste Präsident der DDR, geboren. Er war ein Arbeiter aus unserer Mitte.

Nach dem 2. Weltkrieg war er schon 70 Jahre alt. Aber er wußte, worum es ging. Gemeinsam mit Otto Grotewohl von der SPD sorgte er 1946 für den Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Die beiden setzten damit den Schwur der KZ-Häftlinge um, nach den Erfahrungen im Faschismus die Spaltung der Arbeiterklasse zu überwinden.

Die Menschen in der DDR jubelten ihm zu. Es wurden Straßen, Plätze, Gruppen und Brigaden nach ihm benannt. Seine Geburtsstadt Guben trug seinen Namen. Auch die Pionierrepublik am Werbellinsee erhielt seinen Namen. Dort wurde an seinem Geburtstag immer lustig gefeiert.

Vorher hatte schon die internationale Pionierrepublik in der Wuhlheide seinen Namen getragen. Dort waren wir zu den 3. Weltfestspielen der Jugend und Studenten im Jahr 1951 zu Gast. Den Besuch von Wilhelm Pieck werde ich nie vergessen. Unsere Volkspolizei sang in einem Marschlied: »Dem wir sind der Nachwuchs der deutschen Republik. Wir halten dir die Treue, Genosse Wilhelm Pieck.«

Er war ein guter Staatsmann, treuer Kommunist, human und wirklich aus dem Volk.

Am 1. Mai 1959 zogen wir durch Joachimsthal. Da rief die Jugend: »Es lebe, es lebe, es lebe Wilhelm Pieck. Und uns're, und uns're, und uns're Republik. Uns're Republik, sie lebe hoch.« Es war eine tolle und großartige Begeisterung in den jungen Menschen.

Liest man heute in der Zeitung, erstaunt es, daß manche es einfach nicht hören wollen, was viele Menschen nach dem 2. Weltkrieg erlebt und empfunden haben. Erlebte Geschichte wird in der neuen offiziellen Wahrnehmung vielfach ausgeblendet. Maßstab ist die Sicht der heute Herrschenden.

Es gibt allerdings auch immer wieder Menschen, die sich konsequent für den Frieden einsetzen und alles tun, damit der Frieden erhalten bleibt. Daß im sowjetisch besetzten Gebiet eine antifaschistisch-demokratische Entwicklung ihren Lauf nahm, war normal und verständlich. Die Russen wollten das so und die meisten Werk tätigen hier unterstützten das.

Im Westen Deutschlands wurden die alten Besitz- und Machtverhältnisse der Vorkriegszeit bewahrt. Der BRD-Staatsapparat war von alten Faschisten durchsetzt. Eine konsequente Entnazifizierung, wie sie im Osten Deutschlands realisiert wurde, gab es dort nicht.

Staatspräsident Wilhelm Pieck führte bis 1960 die Regierungsgeschäfte.

Mit seinem Tod verloren wir einen hervorragenden Staatsmann, der in der friedliebenden Welt hohe Anerkennung genoß.

NORBERT GLASKE

Alternative Prominente in Eberswalde (Folge 6): Wladimir Gaidukiewitsch

## Kleiner Mann mit lauter Stimme

**Die Familie Gaidukiewitsch betrieb einen Tabakwarenladen oder Zigarrengeschäft, wie es damals hieß, in der Alten Kreuzstraße Nr. 27. Tabakwarenläden gab es in den 50er Jahren des vergangenen Jahrhunderts viele in Eberswalde. Diese befanden sich in der Linie Eisenbahnstraße – Friedrich-Ebert-Straße – Straße der Jugend. Der Laden der Familie Gaidukiewitsch lag also etwas abseits dieser Linie, was sich nachteilig für den Kundenstrom bemerkbar machte.**

Wladimir war der einzige Sohn der Familie Gaidukiewitsch. Er war sehr klein, aber nicht kleinwüchsig. Wegen seiner geringen Körpergröße, seines Aussehens und seines Namens wurde er von seinen Schulkameraden oft gehänselt und schikaniert. Wladimir ertrug das alles. Er half gelegentlich schon als Teenager im elterlichen Geschäft bei der Bedienung von Rauchern aus, ohne jedoch selber zu rauchen!

Das Tabakwarengeschäft in der Alten Kreuzstraße wurde später in das Geschäft Mühlenstraße/Ecke Friedrich-Ebert-Straße verlegt, wo heute die Firma Märkisch Edel ansässig ist. Es lief an diesem Standort besser. Wladimir gehörte von nun an zum Stammpersonal des Geschäftes, vielleicht auch, weil sein Vater schon recht alt war.

Die Zeiten änderten sich. Die vielen Tabakwarenläden in Eberswalde verschwanden nacheinander. Ein Grund war sicher, daß weniger rauchten und das Verbot, im Obus zu rauchen, sowie die Wirkung von Propagandamaßnahmen mit dem Rauchen aufzuhören. Das Ehepaar Gaidukiewitsch reagierte rechtzeitig auf diesen Trend und wechselte gewissermaßen über Nacht das Sortiment von Tabakwaren auf Schreibwaren. Diese waren immer gefragt, besonders zum Beginn eines neuen Schuljahres. Das Schreibwarengeschäft in guter Lage funktionierte ordentlich. Wladimir bediente mit Sachverstand und freundlich seine Kunden.

Er unterschied sich nicht von anderen Geschäftsleuten im Einzelhandel, wäre da nicht

seine ganz große Liebe zu dem Fußballverein Motor Eberswalde. Er besuchte jedes Fußballspiel von Motor. Er war sehr laut, und trotz seiner geringen Körpergröße sogar der Anführer der Fans von Motor. Damals sagte man noch Schlachtenbummler. Diese Gruppe von zirka dreißig hartgesottenen Fans sorgte für die nötige Stimmung auf dem Fußballplatz. Sogenannte Fanartikel gab es damals noch nicht, es mußte eine einfache Stadtfahne von Eberswalde reichen. In dieser Gruppe von Fußballfreunden fühlte er sich sichtbar wohl. Diese Gruppe um Wladimir waren die Botschafter Eberswaldes in der Umgebung. Wladimir brüllte die Fansprüche von Motor vor und der Rest antwortete im Chor. Im Gegensatz zu heute gab es damals weder Gewalt, noch rassistische Ausschreitungen. Aber all diese offenen Sympathiekundengruppen nutzten nichts, Motor blieb zum großen Teil drittklassig.

Irgendwann schloß auch das Schreibwarengeschäft der Gaidukiewitschs. Zum Führen eines Einzelhandelsgeschäftes gehört nicht nur die fachgerechte Bedienung hinter dem Ladentisch, sondern auch die ganze Bürokratie muß erledigt werden. Vielleicht war das auch ein Grund, warum sich Wladimir im Stadtbild selten machte. Außerdem verschwand Motor Eberswalde in die Niederungen der unterklassigen Fußballvereine. Frau Gaidukiewitsch verzog mit Wladimir in den Stadtteil Nordend.

Wladimir war fast schon aus der Öffentlichkeit verschwunden, wäre es nicht zum Ableben

von Frau Gaidukiewitsch gekommen. Für Wladimir eröffnete sich nun ein neuer Lebensabschnitt im betreuten Wohnen in der Schneiderstraße. Und dieser Lebensabschnitt war nun wirklich nicht vorzeigbar. Der Alkohol verführte nun den Wladimir. regelmäßig. So gegen 18 Uhr fuhr er mit dem 862er Obus zur Agip Tankstelle in Ostende, um sich dort hochpreisig und hochprozentig mit alkoholischen Getränken einzudecken. Er war noch in der Lage die Breite Straße zu überqueren, um dann im Warthäuschen der Haltestelle Saarstraße mit dem Trinken zu beginnen. Anfangs schaffte er es noch, in den gleichen Obus einzusteigen, der ihn auf der Hinfahrt bis zur Tankstelle befördert und inzwischen an der Endhaltestelle gewendet hatte. Später nicht mehr, weil er auf dem Weg zum Warthäuschen schon betrunken war. Dort saß er dann manchmal völlig berauscht. Einige Obusfahrer hatten Mitleid, luden ihn in den Obus ein, und beförderten ihn vermutlich an der Haltestelle Schneiderstraße wieder raus. Das letzte, was man noch von Wladimir wahrnahm, war eine Todesannonce in der Werbeausgabe der MOZ.

ARNOLD SCHREIBER-SCHIEFERDECKER

Anmerkung: Bisher liegen der Redaktion circa 20 Beiträge über alternative Prominente aus Eberswalde in den 60-er, 70-er und 80-er Jahren vor. Sollte jemand von den BBP-Lesern noch einen Vorschlag oder einen eigenen Beitrag zu einem alternativen Prominenten haben, dann bittet die Redaktion hiermit um eine Rückmeldung.

Am 14. Januar 2021 wäre MURRAY BOOKCHIN 100 Jahre alt geworden. Er wurde bekannt, weil er der Linken den Blick für ökologische Fragen öffnete und als erster die Forderung aufstellte, nur eine ökologische Gesellschaft könne auch befreiend wirken. In jahrzehntelanger Arbeit entwickelte er – unter der Zielvorstellung der Schaffung freier Städte – die Grundzüge des LIBERTÄREN KOMMUNALISMUS.<sup>1</sup>

Als Kind jüdischer Einwanderer aus Rußland wuchs er in New York auf.<sup>2</sup> Mit 9 Jahren schloß er sich den kommunistischen »Young Pioneers« an.<sup>3</sup> Als Jugendlicher stieß er sich immer mehr an deren autoritären Ausrichtung und wandte sich Leo Trotzki zu, der zwischen 1938 und 1944 sein »Lehrer« war, wie er es selbst ausdrückte.<sup>4</sup> Doch Trotzki wurde 1940 ermordet und das Ausbleiben der erwarteten proletarischen Revolution im und nach dem Zweiten Weltkrieg erforderten eine Weiterentwicklung der Theorie. Auch eigene Erfahrungen als Gewerkschafter in der Schwer- und der Autoindustrie veranlaßten Bookchin, vieles zu

## Libertärer Kommunalismus

überdenken. »Aber wenn die Barbarei die einzige Alternative zum Sozialismus war, wie Engels meiner Meinung nach zu Recht feststellte, ... stand die Frage offen: Was ist die Struktur der Barbarei?«<sup>4</sup>

Ab 1948 verbrachte er zehn Jahre bei der libertär-sozialistischen Gruppe »Contemporary Issues«, die die orthodoxe marxistische Ideologie fallengelassen hatte. Ende der 1950er Jahre begann er über die Bedeutung der Umweltzerstörung als Symptom tiefverwurzelter sozialer Probleme nachzudenken. Sein Essay »Ecology and Revolutionary Thought« (1964) brachte der Neuen Linken in den USA die politische Dimension der Ökologie nahe. Er setzte sich direkte Demokratie und Dezentralisierung ein.

1974 war Murray Bookchin Mitbegründer des »Institute for Social Ecology« (ISE) in Vermont. »Ich bin geprägt durch Marx und die Tradition des sozialen Anarchismus Kropotkins«, resümierte er 1996.<sup>4</sup> Bookchins Theorien, Ideen und Vorschläge sind angesichts der sozialen und ökologischen Notstände unserer Zeit sind

nicht nur hoch aktuell, sondern bieten auch zahlreiche praktische Anwendungsmöglichkeiten, wie sich in verschiedenen sozialen Bewegungen und Projekten unserer Zeit, z.B. in Rojava, zeigt.

Dort im kurdischen Nordsyrien und innerhalb der PKK und YPG werden seine Ideen und Konzepte rezipiert, seit der Vorsitzende der PKK Abdullah Öcalan im Gefängnis mit Bookchins Kommunalismus auseinandergesetzt hat. Nicht zuletzt diesem Einfluß verdankt die PKK ihre Abwendung von einem eigenständigen kurdischen Nationalstaat hin zu dezentralen Strukturen, die eine regionale Gegenmacht aufbauen und so zu einer weitreichenden Autonomie innerhalb der Staaten der Türkei, Syriens, dem Iran und Irak führen könnten.<sup>5</sup>

Murray Bookchin hat das nicht mehr erlebt. Er starb 85jährig am 30. Juli 2006 in Burlington, US-Bundesstaat Vermont.

G.M.

(Quellenangaben auf Seite 15)

## Dublin-III-Verordnung und Kirchenasyl

von Hartmut Lindner

**Gemäß der Dublin-III-Verordnung ist für die Durchführung von Asylverfahren der Staat zuständig, den der Asylsuchende im Schengenraum zuerst betreten hat. Asylsuchende, deren Antrag in einem Schengenstaat abgelehnt wurde und die danach in der BRD Schutz suchen, können in den Schengenstaat, aus dem sie in die BRD eingereist sind zurückgeschoben werden. Allerdings gilt dafür eine Frist von sechs Monaten nach Erteilung einer rechtskräftigen Abschiebeverfügung.**

Diese Abschiebungen sind bei den Schutzsuchenden gefürchtet. Um der Abschiebung zu entgehen, sind Schutzsuchende gelegentlich an Kirchengemeinden herangetreten und baten sie um Hilfe, um Kirchenasyl. Das BAMF hatte auf der Basis einer Übereinkunft mit den Kirchen aus dem Jahr 2015 das Kirchenasyl bis zum August 2018 respektiert und nach dem Ablauf von 6 Monaten die Zuständigkeit der BRD für das Asylverfahren erklärt.

Im August 2018 hat das BAMF diese Übereinkunft aufgekündigt und den Aufenthalt im Kirchenasyl mit dem Untertauchen eines Flüchtlings gleichgesetzt und deshalb die Frist, innerhalb derer eine Abschiebung durchzuführen ist, auf 18 Monate verlängert. Diese Verlängerung der Überstellungsfrist für Schutzsuchende im Kirchenasyl war offenkundig rechtswidrig, worauf das BAMF von den Kirchen und auch den Flüchtlingshilfeorganisationen wiederholt hingewiesen wurde.

Im neuen Merkblatt des BAMF zum Kirchenasyl heißt nun lapidar: *Die Durchführung eines Kirchenasylverfahrens hat keinen Einfluß auf die ursprüngliche Überstellungsfrist.*

Daß die seit August 2018 geübte Praxis rechtswidrig war, was durch viele Urteile von Verwaltungsgerichten, Oberverwaltungsgerichten und auch des Bundesverwaltungsgerichts sowie durch eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes (bbp berichtete) bestätigt wurde, wird vom BAMF im Merkblatt nicht erwähnt. Es gibt offenkundig kein Unrechtsbewußtsein bei der Behördenleitung. Und es gibt auch keine Wiedergutmachung für begangenes Unrecht. Alles wird unter den Teppich gekehrt. Das Merkblatt erinnert in seinem ersten Abschnitt daran, daß 2015 »als Resultat eines Dialogs zwischen dem Bundesamt und hochrangigen Vertretern der katholischen und evangelischen Kirche...eine Vereinbarung getroffen (wurde), daß in begründeten Ausnahmefällen zur Vermeidung von besonderen humanitären Härten eine zwischen den zentralen Ansprechpartnern beider Seiten gesteuerte, lösungsorientierte Einzelfallprüfung im Rahmen des rechtlich Möglichen stattfindet.«

Soweit die hehre Absichtserklärung, es sollen also »besondere humanitäre Härten« durch Abschiebungen vermieden werden, aber zugleich wird betont: »Dabei herrschte Einvernehmen dazu, daß das Kirchenasyl nicht der systematischen Kritik am Dublin-System dienen dürfe.« Das ist die Hauptsorge der BAMF-Leitung.

Kritik am Dublin-System ist unter allen Umständen zu unterbinden.

Im neuen Merkblatt heißt es dann in bester Bürokratenlogik weiter: »Bei der Bewertung, ob es sich um einen besonderen, individuellen Härtefall handelt, kommt es nicht darauf an, welche Verfolgungsgründe die abgelehnten Asylbewerber/innen für ihre Flucht angeben. Dies wird erst im zuständigen Mitgliedstaat geprüft. Ebenso wenig spielen die Umstände während der Flucht eine entscheidungserhebliche Rolle. Vielmehr geht es darum darzulegen, warum es für die betroffene Person individuell unzumutbar sein soll, ihr Asylverfahren in dem zuständigen Mitgliedstaat durchzuführen.« (Hervorhebung H.L.)

Das muß man mal einem von der Abschiebung bedrohten Schutzsuchenden erklären, der seit Jahren unterwegs ist und endlich nach seiner gefährvollen Fluchtgeschichte den sicheren Boden der Bundesrepublik erreicht und wieder Kontakt zu seiner Familie gefunden hat, daß seine Verfolgungsgründe und die Umstände seiner Flucht die Behörde nicht interessieren, weil zuerst die Zuständigkeit zu klären ist.

Hier werden menschliche Schicksale behandelt, als ob es sich um die versicherungsrechtliche Bereinigung von Bagatellschäden im Straßenverkehr handle. Und das zur Vermeidung »unzumutbarer humanitärer Härten«.

Kurz, das neue Merkblatt beendet zwar die rechtswidrige Praxis, die seit August 2018 geübt wurde, aber es atmet immer noch den bösen Geist, der das Dublinsystem und die gesamte Behörde prägt.

Insofern ist die Hoffnung der Vorsitzenden der Ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche e.V., Pastorin Dietlind Jochims: »Wir hoffen nun, daß dieser Schritt insgesamt eine Rückkehr zu einer lösungsorientierten Verständigung über humanitäre Härtefälle einleitet«, unbegründet.

Die Ökumenische BAG Asyl in der Kirche fordert allerdings auch eine Rücknahme bereits erfolgter Fristverlängerungen bei laufenden Kirchenasylen und verweist damit auf das offenkundigste Defizit der neuen Regelung.

Es ist auch keine Rede von einer Wiedergutmachung des seit August 2018 an den im Kirchenasyl Schutzsuchenden geübten Unrechts.

So mußten z.B. die Brüder A. aus Syrien bis Mitte 2020 in Joachimsthal im Kirchenasyl ausharren, weil das BAMF rechtswidrig, wie das VG Frankfurt/O. in einer Entscheidung im Juni 2020 festgestellt hat, die Überstellungsfrist auf 18 Monate ausgedehnt hat, obwohl die Bundesrepublik seit dem 7. Mai 2019 für das Asylverfahren zuständig ist.

## Ankauf einer Waldfläche

Am 10. Dezember 2020 beschloß der Hauptausschuß der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung, ein Waldstück von privat zu kaufen. Die Waldfläche hat eine Größe von 139.406 m<sup>2</sup>, der vereinbarte Kaufpreis beträgt 430.000 Euro. Das Waldstück befindet sich unmittelbar an der Angermünder Straße gegenüber der Theo Steil Entsorgung GmbH.

Erklärtes Ziel dieses Flächenerwerbs ist es, den Flächenpool der Stadt für Gewerbeflächen zu erweitern, also das Waldstück in Gewerbeflächen umzuwandeln. Dies ist insofern etwas eigenartig, da der Bund auf dieser Fläche die Umgehungsstraße B167n errichten will, was von der Stadt ja begrüßt wird. Laut den Planungsunterlagen durchschneidet die Straße das Waldstück in voller Länge von der Nordwest- bis zur Südwestecke. Sie beansprucht dafür 33.902 m<sup>2</sup>, also etwa ein Viertel dieses Areals.

Für diese Straße existiert zwar noch kein Planfeststellungsbeschluß, aber es gab vor fast genau einem Jahr einen Erörterungstermin zum Planfeststellungsverfahren. Als Ergebnis dieser Erörterung forderte das zuständige Landesamt für Bauen und Verkehr den Landesbetrieb Straßenwesen als Entwickler der Bauplanung auf, eine geänderte Planung zu erarbeiten und vorzulegen. Dies ist allerdings noch nicht geschehen und das Landesamt verlautbarte, daß es nicht damit rechne, daß das Planfeststellungsverfahren in den nächsten zwei Jahren abgeschlossen werden könne. Geht man weiterhin davon aus, daß der Bau der Straße selbst mindestens zwei Jahre beansprucht, so könnte die Entwicklung dieses Gewerbegebiets frühestens 2025 beginnen. Potentielle Investoren werden einen langen Atem brauchen, ganz davon abgesehen, daß das Planfeststellungsverfahren auch scheitern kann.

Ein weiterer Aspekt dieses Geschäfts ist der Kaufpreis. Die Stadt zahlt etwa 3 Euro/m<sup>2</sup> für Wald, also rund das Dreifache des gegenwärtig üblichen Preises für Wald. Dennoch könnte der Kauf Verkäufer und Käufer ein gutes Geschäft werden. Gewerbeflächen, noch dazu mit Straßenanbindung sind begehrt.

OSKAR DIETTERLE

Quellen zu »Libertärer Kommunalismus« (S. 14):

1 – JANET BIEHL: Der libertäre Kommunalismus. Die politische Praxis der Sozialökologie, Trotzdem Verlag Grafenau 1998

2 – de.wikipedia.org/wiki/Murray\_Bookchin

3 – MURRAY BOOKCHIN: Die nächste Revolution. Libertärer Kommunalismus und die Zukunft der Linken, Unrast Verlag Münster 2015

4 – Interview mit MURRAY BOOKCHIN (1996), Sammlung des Vereins für Sozialökologische Entwicklung e.V. Berlin

5 – WOLFGANG HAUG: Murray Bookchins Abkehr vom Anarchismus. Das Problem der Herrschaft als grundlegende Ursache der ökologischen Krise, in: »graswurzelrevolution« No. 406 vom Februar 2016

Grün- und Freiflächenkonzept der Stadt Eberswalde:

# Unklar, intransparent, unzureichend

Eberswalde hat viel Grün, in der Stadt und außen. Das macht unsere Stadt lebenswert und auch attraktiv für viele neue Einwohner und Alteingesessene. Damit das in Zeiten von Bauboom und Verwertungsdruck so bleibt, hat die Stadt ein Grün- und Freiflächenkonzept erarbeiten lassen. Das finden wir prima!

In Eberswalde wird nicht gegessen, was auf den Tisch kommt, sondern man kann Wünsche & Ideen äußern, aber auch Beanstandungen & Kritik an die Stadtverwaltung richten. Noch bis zum 14. Februar steht der Konzeptentwurf auf der Stadtseite zum Download bereit und alle können dazu Stellung zu beziehen.

Wir, die Initiative Recht auf Stadt Eberswalde haben das Konzept genau unter die Lupe genommen. Besonderes Augenmerk haben wir auf die Konsequenzen zur Bebauung der Friedrich-Ebert-Wiese, stellvertretend für alle anderen, nicht berücksichtigten Grünflächen und -brachen der Stadt gelegt.

Unsere Kritikpunkte sind kurzgefaßt:

- Unklare Definition des Prinzips der doppelte Innenentwicklung
- Intransparente Auswahl der »Stadtoasen«
- Unzureichende stadtklimatische Datengrundlage für Planungsentscheidungen
- Zu wenig Grünflächen in Nachverdichtungsbereichen als Erholungsräume vorhanden
- Ungenügende Bürgerbeteiligung am Gesamtprozeß

Auch enthält das Konzept keine Termine oder andere Verbindlichkeiten.

Wir begrüßen grundsätzlich die Erarbeitung eines Grün- und Freiflächenkonzepts. Aus unserer Sicht muß aber erheblich nachgebessert werden.

In unserer Stellungnahme (www.rechtaufew.de) findet sich dazu Näheres. Aber: Bitte bildet euch selbst eine Meinung! Wenn ihr euch unserer Stellungnahme anschließen möchtet – super! Gebt uns Bescheid. Wenn nicht, schreibt gerne selbst ein paar Sätze an das Stadtentwicklungsamt.

Egal, wie dieser Prozeß ausgeht, ein bürgerliches Engagement für unsere gemeinsame Stadt bleibt unabdingbar. Beteiligt Euch!

Initiative Recht auf Stadt Eberswalde  
(www.rechtaufew.de)

## Schuldnerberater Kurth

**Eberswalde (bbp).** Für die Beratung von Menschen, die sich aus welchen Gründen auch immer verschuldet haben und mit der Rückzahlung in Schwierigkeiten geraten, sind laut Sozialgesetzbuch die Landkreise zuständig. Der Landkreis Barnim hatte diese Aufgabe bis Ende 2020 an die Arbeiterwohlfahrt (AWO) Barnau vergeben. Weil mit den zur Verfügung gestellten Mitteln die Mitarbeiter nicht nach Tarif bezahlt werden konnten und der Landkreis

eine Anpassung des Zuschusses ablehnte, kündigte die AWO den Vertrag zum Jahresende.

Für die Schuldnerberatung erhielt die AWO jährlich 10.000 Euro aus dem Kreishaushalt. Weitere 67.000 Euro steuerte die Sparkasse Barnim bei, die damit den Landkreis bei der Erfüllung seiner Pflichtaufgabe unterstützte. Das reichte allerdings nicht, um die AWO-Schuldnerberater in Barnau und Eberswalde nach Tarif zu entlohnen. Bereits seit drei Jahren verhandelte die AWO nach eigenen Aussagen mit dem Landkreis, um eine Erhöhung des Zuschusses zu erreichen.

Die Bernauer Ausgabe der lokalen Tageszeitung erfuhr vom Landkreis, daß etwa 46.000 Euro als jährlicher Mehraufwand von der AWO beantragt worden sei. Diese Mittel seien jedoch im aktuellen Haushaltsplan 2020/2021 nicht enthalten. Auch in der Ausschreibung sei von einer Bezahlung der Beschäftigten nach Tarif keine Rede gewesen. Eine entsprechende Fürsorgepflicht hat der Landrat ja auch nur gegenüber den Mitarbeitern der Kreisverwaltung.

Trotz der schon länger vorliegenden Kündigung wird eine Neuausschreibung erst jetzt »vorbereitet«, wie der Referent des Landrats, Richard Bloch, der Bernauer MOZ erzählte. Und auch die »notwendige Beteiligung der Gremien« werde erst jetzt »vorbereitet«. Man wolle »schnellstmöglich« einen neuen Träger finden, teilt Referent Bloch mit. Das »schnellstmöglich« dauert eine Weile, weil bei Ausschreibungen die Fristen und Modalitäten einzuhalten sind.

Während in Barnau der SIN e.V. und der Arbeitslosenservice Alternativen mit allerdings stark begrenzten Sprechzeiten anbieten, gibt es in Eberswalde vorerst keine öffentlich finanzierte Schuldnerberatung mehr.

Das Sozialgesetzbuch verpflichtet den Landkreis, eine Schuldnerberatung anzubieten. Solange eine solche nicht extern vergeben wurde, müssen sich Betroffene nun direkt an den Landrat Daniel Kurth wenden.

## impresum

**herausgeber:** Barnimer Bürgerpost e.V.

**anschrift:** Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

**telefon:** (0 33 34) 35 65 42 (AB)

**e-mail:** redaktion@barnimer-buergerpost.de

**internet:** www.barnimer-buergerpost.de

**redaktion:** Gerd Markmann

**druckerei:** Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

**redaktionschluß:** 27. Januar 2021

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 24. Februar 2021.

## Barnimer Bürgerpost

### Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)  
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (Selbsteinschätzung)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim **Vertrieb über einen Zustelldienst** wird eine **Versandkostenpauschale von 9 EURO pro Jahr** erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle:  per Bankeinzug  per Rechnung

IBAN  BIC  Bank

Name, Vorname  Straße, Hausnummer

PLZ, Ort  Datum, 1. Unterschrift Abonent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonent/in

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung des o.g. Angebotes)

**Coupon senden an:** Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde  
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)